



belarus- analysen

<http://www.laender-analysen.de/belarus/>

DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER EU UND BELARUS NACH MINSK 2 DIE BELARUSSISCHE SPRACHE

■ EDITORIAL		
	Nach Minsk-2	
	Neue Perspektiven für die Beziehungen zwischen Brüssel und Minsk?	2
	Astrid Sahn, Berlin	
<hr/>		
■ ANALYSE		
	Kultur als Faustpfand	
	Lukaschenkas neues Interesse für die belarussische Sprache	6
	Ingo Petz, Berlin	
■ STATISTIK		
	Zum Gebrauch der belarussischen Sprache	11
■ UMFRAGE		
	Zum Ansehen der belarussischen Sprache	14
<hr/>		
■ CHRONIK		
	11. Dezember 2014 – 15. März 2015	18



Nach Minsk-2

Neue Perspektiven für die Beziehungen zwischen Brüssel und Minsk?

Astrid Sahn, Berlin

Zusammenfassung:

Die belarussische Vermittlerrolle im Ukraine-Konflikt hat die Aussichten auf eine grundlegende Verbesserung der Beziehungen zwischen der EU und dem offiziellen Minsk erhöht. Bisher ist Präsident Lukaschenka jedoch nicht bereit, den Annäherungsprozess durch innenpolitische Gesten, wie die Freilassung aller politischen Gefangenen, zu befördern. Stattdessen nimmt der Druck auf unabhängige Medien und Zivilgesellschaft im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen erkennbar zu. Gleichzeitig gerät das Land in den Abwärtssog der russischen Wirtschaftskrise und benötigt dringend neue externe Kredite. Russische Kreditzusagen dürften jedoch zunehmend mit politischen Forderungen verknüpft werden, während westliche Kredite an strukturelle Reformen gebunden sind. Auf letztere wird sich die belarussische Führung jedoch nur einlassen, wenn der ökonomische Handlungsdruck sowie die Souveränitätsbedrohung durch Russland signifikant zunehmen sollten.

Am 11./12. Februar 2014 wurde die belarussische Hauptstadt Minsk erneut zum prominenten Austragungsort internationaler Verhandlungen zur Beilegung des Ukraine-Konflikts. Bereits im August 2014 hatte Präsident Lukaschenka die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton sowie die EU-Kommissare Karel de Gucht und Günter Öttinger im neu gebauten Palast der Unabhängigkeit begrüßt. Dieses Mal konnte er Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Präsidenten François Hollande, die zu Verhandlungen im Normandie-Format mit den Präsidenten Russlands und der Ukraine nach Minsk gereist waren, die Hand drücken. Die Fernsehbilder zeigten deutlich, wie sehr Lukaschenka die Rolle des Gastgebers dieses wichtigen internationalen Ereignisses, an dem auch die Außenminister Deutschlands und Frankreichs beteiligt waren, gefiel. Im Anschluss an den Minsker Verhandlungsmarathon äußerte sich der belarussische Präsident zudem mehrmals positiv über seine persönlichen Eindrücke aus der Begegnung mit Merkel und Hollande.

Präzedenzfall Georgien

Bereits im vergangenen Jahr war in Expertenkreisen erwartet worden, dass das offizielle Minsk seine vom Kreml abweichende Haltung im Ukraine-Konflikt dazu nutzen wolle, um seine Beziehungen zum Westen zu verbessern. Den Präzedenzfall für diese Erwartungen bildete die Georgien-Krise von 2008, als Lukaschenka sich entgegen den Erwartungen Moskaus weigerte, die Unabhängigkeit von Abchasien und Südossetien anzuerkennen. Allerdings entschloss sich der belarussische Präsident damals auch, alle politischen Gefangenen freizulassen, so dass aus Sicht des Westens zugleich die zentrale innenpolitische Voraussetzung für eine Annäherung mit Belarus erfüllt war. Zu den konkreten Ergebnissen die-

ses Prozesses gehörte die Aufnahme von Belarus in die Östliche Partnerschaftsinitiative der EU. Die belarussische Mitgliedschaft beschränkte sich freilich aufgrund der aus westlicher Sicht weiterhin bestehenden Demokratiedefizite auf die multilaterale Dimension der Östlichen Partnerschaft, so dass Belarus nicht von den bilateralen Formaten dieser Initiative profitierte.

Druck auf Zivilgesellschaft

Im Unterschied zu 2008 lässt sich derzeit bei der belarussischen Führung keinerlei Bereitschaft zu zusätzlichen innenpolitischen Gesten erkennen, um vor dem Hintergrund ihrer Vermittlerrolle im Ukraine-Konflikt eine grundlegende Verbesserung in den Beziehungen zum Westen herbeizuführen. Vielmehr demonstriert sie durch unterschiedliche Maßnahmen, dass sie die Handlungsspielräume für oppositionelle politische und unabhängige zivilgesellschaftliche Akteure weiter einzuschränken gedenkt. So musste die Menschenrechtlerin Aljona Tankatschowa am 21. Februar 2015 Belarus für drei Jahre verlassen, nachdem die Minsker Justiz zwei Tage zuvor in letzter Instanz die Rechtmäßigkeit der Ausweisung der russischen Staatsbürgerin wegen mehrmaliger Geschwindigkeitsüberschreitung am Steuer bestätigt hatte. Und am 27. Februar 2015 verurteilte ein Mahilauer Gericht den Anarchisten Mikalaj Dsjadok nur wenige Tage vor Ablauf seiner regulären Haftzeit zu einem weiteren Jahr Gefängnis, da er mehrmals gegen die Regeln in der Strafvollzugsanstalt verstoßen habe. Dsjadok, der gemeinsam mit zwei weiteren Anarchisten unter dem Vorwurf, im August 2010 Molotow-Cocktails auf die russische Botschaft in Minsk geworfen zu haben, zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt wurde, wird von belarussischen Menschenrechtsorganisationen insbesondere aufgrund der Unverhältnis-

mäßigkeit des Strafmaßes als politischer Gefangener eingestuft.

In diesen Trend fügen sich auch die Änderungen am Mediengesetz ein, die zum 1. Januar 2015 in Kraft traten. Der Gesetzesentwurf war erst am 17. Dezember 2014 von der belarussischen Repräsentantenkammer in erster und zweiter Lesung verabschiedet und zuvor nicht veröffentlicht worden. Laut Gesetz sind Internetressourcen nun den traditionellen Medien rechtlich weitgehend gleichgesetzt, wobei unscharf definiert ist, inwieweit die Regeln des Gesetzes auch auf Blogs und soziale Netzwerke angewandt werden können. Staatliche Behörden haben demnach u. a. das Recht, Internetressourcen bis zu drei Monate zu sperren, wenn diese verbotene Inhalte verbreiten. Unter das Verbot fallen wie bisher der Aufruf zu bzw. die Verherrlichung von Gewalt, Krieg und Extremismus sowie erstmals auch die Verbreitung von Informationen, die den nationalen Interessen der Republik Belarus schaden können. Diese Ergänzung stellt eine wesentliche Erweiterung des Interpretationsspielraums der Behörden dar.

Blockade von Online-Medien

Wie eine Blockade von Online-Medien aussieht, konnten die Belarussen bereits am 19./20. Dezember 2014 erleben, als der Zugang zu den Webseiten mehrerer unabhängiger online-Medien – u. a. charter97.org, naviny.by, belaruspartisan.org, belapan.com, belapan.by – innerhalb von Belarus gesperrt war. Die Blockade fiel zeitlich zusammen mit der Einführung einer 30%igen Umtauschgebühr beim Ankauf von Devisen. Hiermit wollte die Nationalbank verhindern, dass die Bevölkerung aus Angst vor einer neuen Währungsabwertung panikartig Dollar und Euro aufkaufen würde. Allerdings half diese Maßnahme nicht nur, wie gewünscht, Panikkäufe zu unterbinden, sondern begünstigte auch die Entstehung eines Devisenschwarzmarktes, ohne die üblicherweise mit einer Währungsabwertung verbundenen positiven Effekte für den Export zu erzeugen. Bereits am 9. Januar 2015 wurde die Gebühr daher wieder vollständig abgeschafft. Da der belarussische Rubel gegenüber dem US-Dollar bis dahin um 26% an Wert verloren hatte, kam die Einführung der Umtauschgebühr einer faktischen Währungsabwertung gleich.

Die Sperrung zentraler Online-Medien, die in einzelnen Fällen bis Anfang Januar 2015 andauerte, lässt sich aus Sicht unabhängiger belarussischer Experten freilich nicht nur durch die Absicht der Behörden erklären, die Verbreitung von kritischen Berichten über die aktuellen Turbulenzen am Devisenmarkt zu verhindern. Vielmehr wurde die Blockade zugleich als eine Generalprobe für die erwartete Einschränkung unabhängiger Medien im Umfeld der im Herbst 2015 anstehenden Präsidenten-

wahlwahlen wahrgenommen. Dabei könnte sich der amtierende Präsident Aljaksandr Lukaschenka mehr als noch in früheren Jahren seines Wahlsiegs eigentlich auch ohne umfassende Repressionen sicher sein. Denn angesichts des Kriegs in der Ostukraine scheinen die belarussischen Bürger erstmals mehrheitlich bereit zu sein, auch eine Verschlechterung ihres Lebensstandards hinzunehmen, solange Lukaschenka seine Rolle als nationaler Sicherheitsgarant ausübt. Im Unterschied zu 2010 ist der belarussische Präsident also nicht mehr darauf angewiesen, vor den Wahlen einen signifikanten Gehaltsanstieg zu gewährleisten, was seinerzeit zum Auslöser für die letzte dramatische Finanz- und Währungskrise in 2011 wurde.

Wirtschaftliche Krisensymptome

Gleichwohl bleibt es eine offene Frage, wie stark dieser neue Grundkonsens der belarussischen Gesellschaft belastbar ist. Denn die negativen Entwicklungstrends sind derart unverkennbar, dass Präsident Lukaschenka selbst Ende Februar 2015 öffentlich konstatierte, dass es derzeit nicht einmal gelänge, den wirtschaftlichen Status quo zu halten. So sank der Durchschnittsgehalt im Januar 2015 gegenüber dem Vormonat um 11,5% von 6,8 Mio. BYR auf 6 Mio. BYR. Es lag damit zugleich um 3,5% unter dem durchschnittlichen Realeinkommen im Januar 2014. In US-Dollar betrug der Rückgang sogar 29%, da der Durchschnittsgehalt im Januar 2014 noch 552 US-Dollar, ein Jahr später jedoch nur noch 391 US-Dollar entsprach (laut Kurs der Nationalbank zum jeweiligen Monatsende). Des Weiteren arbeiteten 28,6% aller Betriebe im Januar 2015 mit Verlusten, während es im Vorjahreszeitraum nur 19,6% waren. 87.000 Beschäftigte in 510 Unternehmen waren im Februar 2015 von Verzögerungen bei der Gehaltsauszahlung betroffen. Die Regierung prognostiziert für 2015 einen Anstieg der offiziellen Arbeitslosenzahlen von 23.000 auf 180.000, de facto dürfte die reale Arbeitslosigkeit freilich deutlich höher liegen.

Die aktuelle Wirtschaftskrise ist zudem umfassender als die Krise von 2011, da sie nicht nur auf internen Ursachen beruht, sondern wesentlich von den Auswirkungen des Ukraine-Konflikts, der russischen und westlichen Sanktionspolitik sowie dem fallenden Weltmarktpreis für Öl geprägt wird. Zwar gelang es bisher, einen Einbruch des belarussischen Handels mit der Ukraine zu verhindern, so dass Belarus hier einen Handelsüberschuss in Höhe von 2,4 Mrd. US-Dollar gegenüber 2,14 Mrd. in 2013 verzeichnen konnte (+12%). Jedoch sind die Exporte nach Russland rückläufig (-8,9%), so dass sich das diesbezügliche belarussische Handelsdefizit um 14% auf 6,94 Mrd. US-Dollar erhöhte. Zu den negativen Entwicklungen gehört außerdem, dass die nationa-

len Gold- und Devisenreserven in 2014 von 6,65 Mrd. US-Dollar um 1,59 Mrd. US-Dollar auf 5,06 Mrd. US-Dollar geschrumpft sind. Dieser Abwärtstrend setzte sich auch Anfang 2015 fort (minus 408 Mio. US-Dollar auf 4,65 Mrd. US-Dollar zum 1. März 2015). Angesichts dessen, dass Belarus in 2014 insgesamt 4,1 Mrd. US-Dollar aufbringen muss, um Kredite und Anleihen im Ausland zu bedienen, ist dies eine gefährliche Entwicklung.

Auf Kreditsuche

Um den Erhalt des bisherigen sozio-ökonomischen Modells im Wahljahr zumindest in Grundzügen gewährleisten zu können, ist das Lukaschenka-Regime folglich dringend auf neue externe Kredite angewiesen. Anfang März wurde Aljaksandr Lukaschenka von seinem russischen Amtskollegen Putin zwar mit dem Alexander-Newskij-Orden ausgezeichnet, erhielt vorerst aber nicht die erhoffte Kreditzusage. Da der Kreml die Vergabe der überlebenswichtigen Kredite zunehmend als Druckmittel zum Erhalt politischer Zugeständnisse einzusetzen droht, bemüht sich die belarussische Regierung parallel erneut um einen Kredit des Internationalen Währungsfonds (IWF). Der IWF verlangt jedoch die Durchführung struktureller Wirtschaftsreformen als Gegenleistung für einen weiteren Kredit. In der Tat hat die Regierung, deren wirtschaftsrelevanten Positionen von Präsident Lukaschenka Ende Dezember 2014 neu besetzt worden sind, Anfang März 2015 ein Maßnahmenpaket vorgelegt, das bis Mai vom IWF geprüft werden soll. Allerdings muss aufgrund bisheriger Erfahrungen bezweifelt werden, dass selbst von der Regierung zugesagte Reformen real durchgeführt werden, da Präsident Lukaschenka jeglicher wirtschaftlichen Liberalisierung und insbesondere Privatisierungsmaßnahmen erst kürzlich explizit wieder eine Absage erteilt hat. De facto zielen bisher alle unternommenen Krisenbewältigungsversuche auf eine verstärkte Anwendung staatsdirigistischer Instrumente, wie u. a. das Verbot von Preiserhöhungen im Handel mit Verbrauchsgütern sowie der vorgeschriebene Pflichtanteil belarussischer Erzeugnisse im Warensortiment verdeutlichen. Auch die neue Regierung hat hieran bisher nur geringfügige Korrekturen vorgenommen.

Im Kontext des Ukraine-Konflikts sind die Konstruktionsschwächen des belarussischen Wirtschaftsmodells somit unübersehbar geworden. Hierüber konnte die in zahlreichen Medien – z. B. durch Reportagen über belarussische Garnelen – kolportierte Freude über die zusätzlichen Gewinnmargen, die sich aus dem Weiterverkauf von unter die russischen Sanktionen fallenden EU-Erzeugnissen nach Russland ergaben, nur kurzfristig hinwegtäuschen. Denn die russischen Behör-

den sind in den letzten Monaten aktiv gegen den Reexport von EU-Lebensmitteln aus Belarus vorgegangen. Vor allem aber führt die russische Wirtschaftskrise zu einem Einbruch russischer Absatzmärkte für belarussische Industrieprodukte sowie zu einem Ausbleiben russischer Touristen in Belarus, die insbesondere für Sanatorien die zentrale Kundschaft in den letzten Jahren gebildet haben. Hinzu kommen die zusätzlichen finanziellen Belastungen Russlands aus der Annexion der Krim und der Aufnahme von Armenien und Kirgistan in die Eurasische Wirtschaftsunion. Die belarussische Führung muss folglich inzwischen mit zahlreichen anderen Akteuren um knapper werdende russische Ressourcen konkurrieren. Damit erhöht sich für den belarussischen Präsidenten zugleich das Risiko, dass der Kreml seine eigenständige Position im Ukraine-Konflikt abstrafen und ihn durch die Verzögerung von Kreditzusagen in seine Schranken weisen könnte.

Nationale Souveränitätssorgen

Dass Aljaksandr Lukaschenka selber im Russland Putins zunehmend eine Bedrohung für die nationale Souveränität seines Landes bzw. die Stabilität seines Regimes sieht, ließ sich in diesem Jahr bereits bei mehreren seiner öffentlichen Auftritte erkennen, in denen er u. a. die Notwendigkeit betonte, dass die Armee und die Jugend zur Verteidigung des Landes bereit seien, oder sich beispielsweise für die Förderung der belarussischen Sprache aussprach. Auch das neue Gesetz über den Kriegszustand ist ein Hinweis in diese Richtung, denn es ermöglicht erstmals die Ausrufung desselben für den Fall »des Einschleusens von bewaffneten Banden (Gruppen), irregulären Streitkräften, Söldnern oder Untereinheiten regulärer Truppen durch einen anderen Staat oder im Namen eines anderen Staates«. De facto ist damit ein Vorgehen gegen »grüne Menschen« beschrieben, wie sie Präsident Putin bei der Krim-Annexion im März 2014 eingesetzt hat. Als weitere Neuerung macht das Gesetz die Ausrufung des Kriegszustands allerdings auch möglich, wenn ein anderes Mitgliedland der Organisation des Vertrags für Kollektive Sicherheit – d. h. Armenien, Kasachstan, Kirgistan, Russland oder Tadschikistan – angegriffen wird. Das offizielle Minsk versucht somit weiterhin geschickt die Balance zwischen Eigenständigkeit und Loyalität im Verhältnis zu Moskau zu halten.

In jedem Falle ist davon auszugehen, dass die Angst Lukaschenkas vor einer möglichen Bedrohung der belarussischen Souveränität durch Russland nicht so weitgehend ist, dass er sich zu umfassenden innenpolitischen Zugeständnissen genötigt sieht, um einen Durchbruch in den Beziehungen mit dem Westen zu erreichen. Für diese Zurückhaltung gibt es vor allem drei Erklärungsansätze:

1. Bei der belarussischen Führung gibt es weiterhin eine tiefe Enttäuschung darüber, dass die 2009 erfolgte Aufnahme des Landes in die Östliche Partnerschaft der EU nicht mit größeren Investitionsprojekten verbunden war. Sie möchte daher dieses Mal zunächst klare Zusagen finanzieller Art erhalten, ehe sie sich zu eigenen Reformen bereit erklärt.
2. Die belarussische Führung ist überzeugt, dass die EU und andere westliche Organisationen auch ohne die Erfüllung ihrer zentralen politischen Forderungen vor dem Hintergrund des Konflikts mit Moskau die Beziehungen zu Belarus schrittweise normalisieren werden. Da sie kein Assoziationsabkommen anstrebt, ist sie mit der derzeitigen Intensivierung diplomatischer Kontakte sowie der Zusage neuer Kooperationsprogramme durchaus zufrieden. Dementsprechend sieht sie keine Veranlassung, beispielsweise die verbliebenen politischen Gefangenen zu entlassen, ohne dass diese – wie von Präsident Lukaschenka stets öffentlich als Voraussetzung formuliert – ein Gnadengesuch einreichen.
3. Die Freilassung der politischen Gefangenen oder andere auf westliche Forderungen eingehende Maßnahmen könnten zudem vom Kreml als aktive Schritte zur Abgrenzung von Russland wahrgenommen werden und damit für das offizielle Minsk das Risiko erhöhen, dass die weitgehende eigenständige Position im Ukraine-Konflikt von Putin nicht länger geduldet wird – und damit eine Erhöhung des russischen Drucks auf Belarus provozieren, die rus-

sische Position aktiver und für die Öffentlichkeit sichtbarer zu unterstützen.

Vor Riga

Die EU-Politik gegenüber Belarus steckt somit weiterhin in einem Dilemma, wie sie pragmatischen Dialog und Engagement für ihre Werte in der Gestaltung ihrer Beziehungen zu Belarus glaubwürdig vereinbaren kann. Der für Ende Mai geplante EU-Gipfel zur Östlichen Partnerschaft in Riga wird in jedem Falle eine Richtungsorientierung über die zukünftige Belarus-Strategie der EU geben. Bisher sind die Signale für das offizielle Minsk ermutigend. So möchte die derzeitige lettische Ratspräsidentschaft Belarus auf dem »höchstmöglichen Level« in Riga vertreten sehen, und die EU-Botschafterin in Minsk hat öffentlich die Hoffnung geäußert, dass beim Gipfel das Visaerleichterungsabkommen unterzeichnet wird. Diese pragmatische Kooperationsentwicklung trägt jedoch nicht zur Überwindung der eklatanten Konstruktionsschwächen des belarussischen sozio-ökonomischen Modells bei. Es bleibt abzuwarten, ob die belarussische Führung sich weiterhin darauf beschränkt, nach einem Modus Vivendi zur Aufrechterhaltung des Status quo zu suchen oder ob der zunehmende wirtschaftliche Problemdruck die Reformkräfte innerhalb der herrschenden Eliten so stärkt, dass strukturelle Veränderungen dieses Modells unter aktiver Einbeziehung privatwirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure angegangen werden können.

Über die Autorin:

Dr. Astrid Sahm (*1968) ist Politikwissenschaftlerin und leitet derzeit das Berliner Büro des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks in Dortmund.

Lesetipps:

- Siarhei Bohdan: Belarus Approaches The EU Through 'Old Europe', Belarus Digest, 16.2.2015, <belarusdigest.com/story/belarus-approaches-eu-through-old-europe-21424>.
- Anna Maria Dwyer: Lukashenka: Back in the game? New Eastern Europe, 21.2.2015, <www.neweasterneurope.eu/articles-and-commentary/1497-lukashenka-back-in-the-game>.
- Robert Kirchner: Der belarussische Rubel im Sog der russischen Abwertung, Newsletter des German Economic Team Belarus, Nr. 32, Jan.-Febr. 2015, <www.get-belarus.de/wordpress/wp-content/uploads/2014/10/Newsletter_32_2015_GET-Belarus.pdf>.
- Tatjana Korowenkowa: Sa wisitom Lukaschenko w Rigu politsakljutschjonnye budut sledit is-sa reschjotkoj? Naviny.by, 1.3.2015, <naviny.by/rubrics/eu/2015/03/01/ic_articles_627_188347/>.

Kultur als Faustpfand

Lukaschenkas neues Interesse für die belarussische Sprache

Ingo Petz, Berlin

Zusammenfassung:

Seit Sommer 2014 hat Präsident Lukaschenka mehrmals öffentlich die Bedeutung der belarussischen Sprache betont. Für das Belarussische, das bisher nur ein Schattenleben führte und als Sprache der Opposition galt, könnte dies eine Zeitenwende bedeuten. Denn die Generation der Sowjetnostalgiker, deren Identität wesentlich durch den Sieg im Zweiten Weltkrieg geprägt wurde, stirbt allmählich aus. Das Regime braucht daher langfristig ein neues attraktives Kulturmodell, um sein Überleben zu sichern. Sprache und Kultur spielen zudem eine wichtige Rolle in der Abgrenzung und Selbstbehauptung gegenüber Russland, um der angesichts der Ukraine-Krise gestiegenen Gefahr eines Souveränitätsverlusts entgegenzuwirken. Eine Liberalisierung des Umgangs mit Andersdenkenden ist dennoch nicht zu erwarten.

Der belarussische Präsident Aljaksandr Lukaschenka ist nicht für Überraschungen bekannt, die einen – salopp gesprochen – aus den Socken hauen. Aber am 20. Januar 2015 überraschte Lukaschenka, der die einstige Sowjetrepublik Belarus seit über 20 Jahren mit einer starren Neigung zur Autokratie regiert, diejenigen, die ihn für den Unterdrücker und Feind der belarussischen Kultur und Identität halten. Auf der 42. Versammlung des Belarussischen Republikanischen Jugendverbandes (B.R.S.M.), den Kritiker in Anlehnung an den sowjetischen Komsomol verächtlich »Lukamol« nennen, sagte der 60-jährige Präsident: »Kultur – das ist das, was den Belarussen zum Belarussen macht, und nicht einfach zu einem ›Hiesigen‹, der auf dem Fleck Erde, wo er sich befindet, keine Spuren hinterlässt.« Er verwies auf das reiche Erbe von Belarus, wozu nicht nur die Literatur, Musik oder Architektur gehörten, »sondern auch die Sprache, welche wir verpflichtet sind zu kennen, die Geschichte, welche wir zu erinnern verpflichtet sind, und die Werte, die wir respektieren müssen.«

Überraschende Statements

Dass Lukaschenka seine Botschaft in Russisch verkündete und nicht auf Belarussisch, lag wohl daran, dass seine Zuhörerschaft – die Mitglieder des B.R.S.M. – kaum Belarussisch können. Schließlich haben sie als Regimetreue nur das getan, was Lukaschenka ihnen seit Jahren eingebläut hat: nicht die »Sprache der Opposition« zu lernen oder zu sprechen und stattdessen einem blassen Sowjetkult zu huldigen – selbstverständlich in der Sprache der Sowjets: dem Russischen. Am 21. Januar 2015 geriet das Belarussische wieder ins Rampenlicht. Der im Dezember 2014 ernannte Minister für Erziehung, Michail Zhuraukou, sagte auf einer Pressekonferenz seines Ministeriums, dass »man die Geographie und Geschichte von Belarus selbstverständlich auf Belarussisch studieren müsse«. Und er ergänzte: »Wir wol-

len dahin kommen, dass die meisten Fächer auf Belarussisch unterrichtet werden können.«

So viel Aufmerksamkeit für eine Sprache, die zu den liebsten Feindbildern des Lukaschenka-Regimes gehört, lässt aufhorchen. Schon das vergangene Jahr brachten Anzeichen dafür, dass Lukaschenka von seiner lange gepflegten Aversion Abstand nehmen könnte. Die traditionelle Rede zum »Tag der Unabhängigkeit« am 7. Juli 2014 hielt er partiell auf Belarussisch, das erste Mal seit 1994. In einer anderen Rede im September forderte der Präsident, dass das Belarussische in den Schulen gefördert werden müsse. Auch der damalige Premierminister Michail Mjasnikowitsch wurde im Oktober 2014 mit einer Rede auf Belarussisch ertappt. Dass die *belaruskaja mowa* nun zur neuen Liebe Lukaschenkas wird, ist eigentlich schwer vorstellbar. Was ist also geschehen, dass der neo-sowjetische Präsident das Belarussische offensichtlich als dem Russischen ebenbürtige Sprache in Betracht zieht?

Reaktion auf Moskaus Ukraine-Politik

Dass der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine, der Europa seit Anfang 2014 in Atem hält, ein Grund für das vermeintliche Umschwenken Lukaschenkas ist, liegt auf der Hand. Denn dieser Konflikt, der von Russland mit Material und Propaganda befeuert wird, hat Lukaschenka vor Augen geführt, wie fragil nicht nur die Souveränität von Belarus, sondern auch seine eigene Position vor der Haustür Russlands ist. Der westliche Nachbar wird von russischen Nationalisten in Blogs wie »Sputnik & Pogrom« als historischer Teil Russlands angesehen. Seit Ende 2014 scheinen sich zudem die russischen Staatsmedien und Analyseportale auch auf Lukaschenka einzuschließen. Mitte Dezember beispielsweise lief im russischen Kanal REN TV ein Beitrag, in dem die These verbreitet wurde, der Westen würde einen Putsch in Belarus planen. Dabei bekam nicht nur die Opposition ihr kritisches Fett ab, sondern auch Lukaschenka.

Angesichts des erkennbaren Gefahrenpotentials hat Lukaschenka im vergangenen Jahr das Spiel gespielt, dass er am besten kann. Er lavierte zwischen Partnerschafts- und Dialogangeboten an die neue ukrainische Regierung und an die EU, vorsichtigen Kritikäußerungen gegenüber Russland und Zugeständnissen und Treueschwüren an den russischen Partner. Er etablierte Minsk als Verhandlungsort für die Ukraine und die pro-russischen Separatisten, um sich Respekt und Handlungsspielraum zu verschaffen. Einen offenen Konflikt mit Putin, das weiß Lukaschenka, kann er nicht bestehen. Russland fördert das belarussische Regime mit billigem Öl, Gas und Krediten. Besonders auf den belarussischen Energiesektor hat Russland bereits entscheidenden Einfluss. Militärisch ist Belarus seinem Nachbarn ausgeliefert. Sieht Lukaschenka daher in den Fragen der Kultur und der Sprache eine Möglichkeit, dem russischen Kulturraum den Rücken zuzuwenden?

Bisherige Sprachpolitik

Die belarussische Sprache entwickelte sich historisch stets im Schatten anderer Kulturen. Die belarussische Nationalbewegung, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufkam, hatte im repressiven Zarenreich einen schweren Stand. In der Sowjetunion verkam das Belarussische nach einer kurzen Blütezeit in den 1920er Jahren zum musealen Folklorestück, als Lingua franca dominierte das Russische. Erst zur Zeit von Perestroika und Glasnost gab es wieder eine Nationalbewegung, die von einer »belarussischen Wiedergeburt« träumte. Die nach der Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit in 1991 einsetzende Belarussifizierung dürfte jedoch vielen Belarussen Angst bereitet haben. Denn die Mehrheit der Belarussen spricht Russisch im Alltag. Zudem verbanden viele Belarussen Anfang der 1990er Jahre mit der Sowjetunion vor allem positive Gefühle, da der Lebensstandard und Bildungsstand der Belarussen in der sowjetischen Zeit vergleichsweise hoch gewesen war. Die Wahl Lukaschenkas im Jahr 1994 ist auch mit diesen sentimental und nostalgischen Gefühlen zu erklären.

Bereits 1995 stellte Lukaschenka dem Belarussischen wieder das Russische als Staatssprache zur Seite. Was aus der kurzen Zeit der Belarussifizierung zwischen der Unabhängigkeit 1991 und 1994 blieb, waren Straßenschilder und bürokratische Formulare in belarussischer Sprache, die nicht immer von Beamten verstanden werden. Den Status einer Staatssprache hat das Belarussische nur formal inne, de facto fristet die Sprache unter Lukaschenka ein Mauerblümchendasein. Die meisten staatlichen Fernseh- und Radioprogramme werden auf Russisch gesendet. Zwischen 1990 und 2005 ist die Gesamtauflage von Publikationen auf Belarussisch von 9,3 auf 2,9 Millionen Exemplare jährlich gesunken. Ein vollständiges Studium

auf Belarussisch ist bis heute nicht möglich. In Minsk gibt es lediglich fünf belarussischsprachige Gymnasien. Im Schuljahr 2012/2013 wurden im ganzen Land von 909.000 Schülern nur 150.000 auf Belarussisch unterrichtet, die meisten von ihnen in ländlichen Regionen.

Unterschiedlichen Umfragen zufolge geben nur zwischen drei und zwanzig Prozent der Bevölkerung an, Belarussisch zu sprechen. Verstehen tun es freilich fast alle, die in Belarus geboren wurden. Die Belarussen sind also mehr oder weniger zweisprachig bzw. dreisprachig. Denn es hat sich aus dem Belarussischen und Russischen auch eine Mischsprache, das Trasjanka (deutsch: Viehfutter), entwickelt. Sie wird vor allem in ländlichen Regionen gesprochen. Russen aber, die nicht in Belarus geboren sind, dürften ihre Probleme mit der belarussischen Lexik haben, die zu großen Teilen aus dem Polnischen oder auch aus dem Jiddischen stammt.

Lukaschenkas Aversion gegen das Belarussische

Dass Lukaschenka bisher kein Freund des Belarussischen war, hat Gründe. Er ist ein Mann der Sowjetunion, entstammt dem Osten des Landes und arbeitete auf einer Kolchose als Direktor. Er spricht Russisch und verwandelte Belarus ab 1994 in eine kleine Version der Sowjetunion, wo es bis heute noch Kolchosen gibt und den KGB. Er baute die Sicherheits- und Geheimdienstkräfte aus, isolierte und bekämpfte Opposition und Andersdenkende. Die von letzteren aktiv genutzte belarussische Sprache dämonisierte Lukaschenka in den 1990er Jahren stets als Sprache »der Faschisten«, da belarussische Nationalisten während der Nazi-Okkupation mit den Deutschen kooperiert hatten.

1995 gab der Präsident in einem Referendum, in dem zugleich die Frage der Staatssprache entschieden wurde, seinem neo-sowjetischen Führungsstil auch die passenden Staatssymbole. Statt des 1991 eingeführten Wappens Pahonja und der weiß-rot-weißen Flagge – beides Symbole, die auf die Zeit des Großfürstentums Litauen rekurrieren – führte er eine abstrahierte Version des Wappens der BSSR ein und die Farben der sozialistischen Sowjetrepublik: rot und grün. Diese Wiederbelebung sowjetischer Symbole sowie die Anti-Politik gegen das Belarussische dürfte Lukaschenka nicht nur die Zustimmung des Großteils der Wählerschaft, sondern auch wichtige Pluspunkte bei seinen russischen Partnern eingebracht haben. Mit Russlands damaligem Präsidenten Boris Jelzin unterzeichnete er im April 1996 den Vertrag über die Bildung eines gemeinsamen Unionsstaats.

Bereits 1995 erklärte Lukaschenka vollmundig, dass es nur zwei große Sprachen gebe: das Englische und das Russische. »Auf Belarussisch lässt sich nichts Großes erschaffen.« Viele Belarussen glauben dieses Vorurteil bis heute, was ihnen von Russen, Sowjets und Luka-

schenska über Jahrhunderte eingetrichtert wurde: Das Belarussische sei ein ärmlicher, bäuerlicher, minderwertiger Dialekt. Ohnehin seien die Belarussen als Ethnie nur eine seichte Abwandlung »des großen russischen Volkes«. Die Friedenspreisträgerin des Deutschen Buchhandels des Jahres 2013, Swetlana Alexijewitsch, sagte in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, dass sie die belarussische Sprache für »unreif« und »bäuerlich« halte. Die Charakterisierung (die sie später zurücknahm) der Schriftstellerin, die auf Russisch schreibt, löste eine Empörungswelle unter den Belarussischsprachigen aus. Nicht nur, weil es eine törichte Äußerung war, sondern weil sie viele Belarussen, die ohnehin einen stark ausgeprägten Minderwertigkeitskomplex haben, verletzte.

Alternative Kulturmodelle

Mit seiner Politik hat Lukaschenka also lange ein neo-sowjetisches Geschichtsbild und Identitätsmodell sowie ein dementsprechendes autokratisches System favorisiert, dessen Ausdruck das Russische war. Das Belarussische dagegen war für ihn gleichbedeutend mit einer Ausrichtung von Belarus gen Westen und dessen demokratischen Werten, wie sie von der national-demokratischen Opposition propagiert werden. Die Wahl der Sprache – Russisch oder Belarussisch – symbolisiert also selbst im 21. Jahrhundert für manche Belarussen immer noch bestimmte Identitäts-, Geschichts- oder Politmodelle. Demokratie oder Diktatur? Westen oder Osten? Großfürstentum Litauen und Rzeczpospolita oder Zarenreich und Sowjetunion?

Viele nationalgesinnte Belarussen träumten in den 1990ern davon, dass ihre Kinder belarussischsprachig werden würden, und begannen, sie dementsprechend zu erziehen. Heute sprechen viele dieser Kinder Russisch im Alltag – ganz einfach, weil das Leben vor allem auf Russisch stattfindet. Wer sich entscheidet, im Alltag Belarussisch zu sprechen, muss viele Anstrengungen unternehmen und Widerstände überwinden. Er kommt sich nicht selten wie ein Exot und Fremder im eigenen Land vor. Der Musiker Ljawon Wolski hat diesen Umstand in seinem Song »Tschuzhy« (Fremd) besungen.

Nichtsdestotrotz erhob sich ab Anfang der 1990er eine neue Generation von jungen Musikern, Literaten und Schriftstellern, die gefüttert von den nationalromantischen und freiheitlichen Träumen ihrer Eltern und von ihrer rebellischen Anti-Haltung gegenüber dem Sowjetregime nach alternativen Identitätsmodellen suchten und so zum Belarussischen kamen. Und damit zu einem alternativen Geschichtsmodell, in dem man versuchte, die Sowjetmythologie hinter sich zu lassen und sich für die Zeit vor dem Zarenreich zu interessieren. Selbstredend führte auch dies mitunter zu einem nationalistisch verzerrten Geschichtsbild und neue Mythen.

Einer Band wie N.R.M. gelang es bereits ab Mitte der Neunziger, das Belarussische zu popularisieren und für Jugendliche interessant zu machen. Die Generation, die mit den hymnischen Liedern dieser Punkrock-Band um den charismatischen Sänger Ljawon Wolski aufwuchs, nennt man bis heute »Generation N.R.M.«. Die »Unabhängige Republik der Träume«, die sich kritisch gegen die damals junge Autokratie des Präsidenten Lukaschenka positionierte, wurde zum Sammelbecken für Jugendliche, die anders sein wollten, die sich gegen die Re-Sowjetisierung des Landes durch das neue Regime stemmten und die sich gegen eine Gesellschaft wehrten, die rückwärts in die Sowjetunion marschierte und die ihnen Werte wie Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung verwehrte. Das Belarussische existierte seitdem in einer durch das Regime weitgehend regulierten Parallelwelt, in der sich das Belarussische trotz aller Widrigkeiten und Widerstände durch das System zum kulturellen Kodex für das Anders- und Dagegen-Sein manifestieren konnte.

Allmähliche Entstigmatisierung

Die kulturelle Kraft, die das Belarussische durch die Künstler der Neunziger erfuhr, brachte in den Nullerjahren eine neue Generation von Schreibern, Künstlern und Verlegern hervor. Diese führte das Belarussische als Kultursprache und als alternativen Kulturcode zum bestehenden »offiziellen Kultursystem« zu einer kleinen Blüte. Das Belarussische wurde so zu einem alternativen, hippen Kulturmodell abseits der »offiziellen« Gesellschaft. Deren Entwicklung wurde auch möglich, weil das Regime die Politisierung der belarussischen Sprache punktuell zurückschraubte. Dies geschah, weil es sich aufgrund der ständigen Konflikte um billiges Gas und günstige Kredite mit Russland intuitiv auf die Suche nach einem neuen Identitätsmodell begeben musste. Ein Modell, das auch künftig die Treue der Belarussen gegenüber dem »Väterchen« sichern soll. Denn die Sowjetnostalgiker, die bisher als traditionelle »Wähler« die Machtbasis des Präsidenten bildeten, sterben weg und es wächst eine neue Generation heran, die im unabhängigen Belarus groß geworden ist und sich nicht mehr an die Sowjetunion erinnern kann. Sie lässt sich kaum noch mit dem Mythos der Partisanen, mit Paraden zum »Tag des Sieges« und mit dem Sowjetkult begeistern. Das Regime, das ohnehin sehr technokratisch veranlagt ist, braucht langfristig ein neues attraktives Kulturmodell, um sein Überleben zu sichern.

Bei den jüngeren Belarussen im urbanen Umfeld ist ein stärkerer Pragmatismus zu beobachten, wenn es darum geht, vom Russischen oder Belarussischen und vice versa zu wechseln. Zu dieser Entwicklung dürfte auch jemand wie Sergej Michalok beigetragen haben, der mit seiner Band Ljapis Trubezkoi im gan-

zen russischsprachigen Raum große Erfolge feierte. Die Band stammte aus Minsk und sang bis 2007 vor allem auf Russisch ironisch-clowneske Rock- und Popstücke. Mit dem Album »Manifest« im Jahr 2008 wandte sich Michalok auch dem kämpferischen belarussischsprachigen politischen Agitprop zu, ohne aber das Russische als künstlerisches Ausdrucksmittel ganz aufzugeben (was man bei Michaloks Neugründung »Brutto« ebenfalls beobachten kann). Mit Klischees wie »Oppositionelle« (3,7 Prozent) oder »Nationalisten« (2,3 Prozent) werden Belarussischsprachige heute kaum noch in Verbindung gebracht, wie die Ergebnisse einer Umfrage des Kulturprojektes »Budzma Belarusami!« (<www.budzma.org>) zeigt, die 2014 im ganzen Land durchgeführt wurde. Andere Umfragen bestätigen immer wieder, dass die Belarussen das Belarussische und das Russische als Ausdruck ihrer Kultur und Geschichte ansehen.

Neue Initiativen

Abseits der politischen Grabenkämpfe hat das Belarussische im Jahr 2014 tatsächlich einen kleinen Hype erlebt. Sprachkurse wie »Mowa Nanowa« (<www.movananova.by>) oder »Mowa zi Kawa« (Dt: Sprache oder Kaffee?) erfreuten sich großer Beliebtheit im ganzen Land. Bei diesen kostenlosen Veranstaltungen handelt es nicht nur um reine Sprachkurse, sondern um Unterhaltungs- und Informationsprogramme, bei denen bekannte belarussischsprachige Schriftsteller oder Musiker auftreten und bei denen ein westliches Geschichtsbild und Kulturmodell für Belarus vermittelt wird. »Mowa zi kawa« war bereits 2012 gegründet worden, u. a. von der jungen TV-Journalistin Katja Kibaltschitsch. Anfang 2014 spaltete sich der Journalist Hleb Labadsenka aufgrund von kreativen Eigeninteressen ab und gründete zusammen mit der Philologin Alesja Litwinouskaja »Mowa Nanowa« (dt: Sprache in Neu), dem es am 27. November 2014 sogar gelang, eine staatliche Registrierung als »Bildungseinrichtung« zu erhalten.

Mitte Oktober 2014 war es bei »Mowa zi kawa« zum Eklat gekommen, der das vorzeitige Ende des Kurses bedeutete. Aufgrund eines Streites über die Deutung des Konfliktes in der Ukraine und der Rolle Russlands bei diesem Konflikt hatten sich die Organisatoren zerstritten. Der Streit schlug hohe Wellen in der unabhängigen belarussischen Presse. Während sich Franak Wjatschorka, Waljaryna Kustawa und Ales Salewskij gegen den Kurs des russischen Präsidenten Putin aussprachen und die Souveränität der Ukraine verteidigten, äußerte sich Kibaltschitsch im Sinne der russischen Propaganda, die von der neuen Kiewer Regierung als »faschistische Junta« spricht und die den Kampf der Separatisten in der Ostukraine als legitim rechtfertigen. Dazu muss man wissen: Kibaltschitsch arbeitet als Journalistin für den russischen

TV-Kanal »Perwyj Kanal« in Moskau. Der Streit zwischen den Kontrahenten, die Reaktion in der Presse und entsprechende Diskussionen in den sozialen Medien zeigen, wie sehr der Konflikt in der Ukraine die Gemüter in Belarus beunruhigt.

Neben dieser Kurse gewannen auch die Projekte von »Budzma Belarusami!« an Popularität. Die Kulturorganisation (dt.: Wir werden Belarussen sein) besteht seit dem Jahr 2008 und übernimmt hinsichtlich der Förderung der belarussischen Sprache und Kultur eine Voreiterrolle. »Budzma« organisiert Konzerte, Design- und Schreib-Wettbewerbe, veröffentlicht gut aufgemachte Bücher oder ästhetisch anspruchsvolle Videos zur belarussischen Geschichte, deren Zielgruppe vor allem junge Belarussen sind. Zudem schreiben bekannte Autoren wie Wiktor Martinowitsch oder Alhierd Bacharewitsch Kolumnen für die Internetseite von »Budzma«.

Die neue Popularität des Belarussischen zeigte sich auch in anderen Formaten: traditionelle Ornamente (»Wyshywanki«) entfachten eine regelrechte Modewelle, die sich in der Produktion von T-Shirts, Hemden oder Unterwäsche niederschlug. Es wurden Festivals und Partys zur belarussischen Sprache organisiert und es tauchten verschiedene Initiativen von Belarussen auf, die forderten, die russische Bezeichnung »Belorussija« in Wikipedia durch Belarus ersetzen zu lassen. Am 9. Oktober 2014, während des Fußballspiels Belarus gegen Ukraine, solidarisierten sich die beiden Fangruppen und sangen zusammen Lieder zur Unterstützung ihrer Länder und gegen den russischen Präsidenten Putin. Dazu zeigten die Belarussen auf Fahnen inoffizielle nationale Symbole – wie das Pahonja und die weiß-rot-weiße Flagge. Dies alles geschah sicher auch vor dem Hintergrund des kriegerischen Konflikts in der Ukraine, der gerade junge Belarussen zu einer stärkeren Abgrenzung von der russischen Welt und einer stärkeren Identifikation mit dem Belarussischen inspirierte. Eine Entwicklung, auf die aber auch das Regime reagierte.

Reorientierung versus Repressionen

Es scheint so, als versuche Lukaschenka diesen Umstand und die Angst der Belarussen vor einem ähnlichen Konflikt im eigenen Land für sich innenpolitisch nutzen zu wollen, um eine Abkehr von seinem liebevoll gepflegten neo-sowjetischen Kulturmodell einzuleiten. Bei der Umstrukturierung der Regierung ernannte Lukaschenka im Dezember 2014 Aljaksandr Kosinez zum neuen Chef der mächtigen Präsidialverwaltung. Der gelernte Chirurg bekleidete vorher den Posten des Gouverneurs im Wizebsker oblast, wo er im vergangenen Jahr das erste Denkmal für den litauischen Großfürsten Alhierd (1345–1377) auf belarussischem Territorium errichten ließ. Ein Denkmal, das ganz sicher nicht in die traditionelle neo-

sowjetische Mythenbildung Lukaschenkas passt. Und am 31. Dezember 2014 zeigte das belarussische Staatsfernsehen zum ersten Mal seit 1994 nicht die Neujahrsansprache des russischen Präsidenten. Hinzu kommen die bereits eingangs erwähnten zahlreichen ungewöhnlichen offiziellen Bekundungen zur belarussischen Kultur.

Aber handelt es sich hierbei wirklich um eine Abkehr und eine Hinwendung zu einem Staat mit einer gestärkten nationalen belarussischen Kultur? Davon ist zunächst nicht auszugehen. Denn dies würde gerade den Nationalen im eigenen Land, die Lukaschenka in seiner Amtszeit massiv bekämpft hat, größere Einflussmöglichkeiten einräumen. Die Folge wäre die Stärkung einer kreativen Kulturszene, die der Präsident aufgrund der kulturellen Schwäche seines eigenen Systems kaum kontrollieren könnte. Dass das Regime dies nicht zulassen möchte, zeigt beispielsweise die Schließung des Literaturverlages von Ihar Lohwinau im Jahr 2013, der sich zum Dreh und Angelpunkt der quicklebendigen alternativen literarischen und künstlerischen Welt in Belarus entwickelt hatte.

Lohwinaus Buchgeschäft in Minsk, das sich in den vergangenen sieben Jahren zu einer Heimat für die belarussischsprachige Kulturwelt etablierte, wurde im Januar 2015 mit einer Strafe von umgerechnet rund 58.000 Euro belegt. Der offizielle Grund: Lohwinau hatte keine offizielle Lizenz, einen Buchladen führen zu dürfen. Dabei hatte er diese 2014 sechs Mal beim Informationsministerium beantragt. Allerdings war sie ihm aus fadenscheinigen Gründen immer wieder verweigert worden. Der eigentliche Grund für die Verurteilung liegt also auf der Hand: Da ist jemand, der sich für eine freie Kunst und Kultur engagiert. Mehr Freiheiten sind unter Lukaschenka also auch weiterhin nicht zu erwarten. Die weiterhin repressive Politik wird Lukaschenka auch keine neuen Handlungsspielräume im Westen ermöglichen.

Gleichzeitig ist das Regime nicht gewillt, das »Belarussische« allein dem »belarussischen Ghetto« (Artur Klinau) zu überlassen, sondern auch in diesem Bereich »mitspielen« und Einfluss auf das eventuell noch populärer werdende belarussische Kulturmodell zu gewinnen. Ein Anzeichen dafür ist u. a. die Einführung der Kommuni-

kations-App »U sajus s sjabrami« auf Belarussisch für Tablets oder Smartphones, welche am 22. Januar 2015 vom staatlichen Jugendverband B.R.S.M. gelauncht wurde.

Lukaschenkas Kalkül

Lukaschenka ist ein strategischer Spieler, der aufgrund der eigenen schwachen Stellung versuchen muss, ständig neue Handlungsspielräume und Möglichkeiten zu kreieren. Welche Vorteile könnten sich für den Präsidenten also aus der widersprüchlichen Situation ergeben? Im Herbst 2015 finden in Belarus Präsidentschaftswahlen statt. Eine Bedrohung durch die isolierte Opposition braucht der Präsident nicht zu befürchten. Seit den Präsidentschaftswahlen Ende 2010 hat Lukaschenka die Opposition durch eine massive Repressionswelle in die Handlungsunfähigkeit getrieben. Aber eine überwältigende Unterstützung durch die Belarussen würde ihm helfen, die eigene Machtposition gegenüber dem Russland Putins zu stärken. Die Trumpfkarte, die er in diesem Spiel auszuspielen versucht, ist die eines souveränen Belarus. Diese ist – so Lukaschenkas Idee – nur mit ihm als Präsidenten zu bewahren und zu festigen. Dabei versucht er die belarussische Sprache und Kultur als wirkungsmächtige Instrumente der Abgrenzung und Selbstbehauptung einzubringen.

Gleichzeitig könnte eine lediglich »angedeutete« und letzten Endes nicht durchgreifend lancierte Belarussifizierung auch in einem anderen Sinne zur Trumpfkarte im Machtpoker mit Putin werden: nämlich als Faustpfand für eine künftige Treue gegenüber Russland, das diese mit weiteren Krediten und Gaslieferungen belohnen würde. In diesem Fall würde Lukaschenka die Dominanz des Russischen und Russlands kulturelle Einflussmöglichkeiten in Belarus weitgehend aufrechterhalten. Er würde an der neo-sowjetischen Fassade seines Systems festhalten und keine der heute 65 Lenin-Denkmäler in Belarus abreißen lassen – was auch einen Sowjetnostalgiker wie Putin freuen würde. All dies sind schwierige außenpolitische, wie auch innenpolitische Drahtseilakte. Die aber beherrscht Lukaschenka – was er seit 1994 trotz aller autokratischen Starre immer wieder bewiesen hat.

Über den Autor:

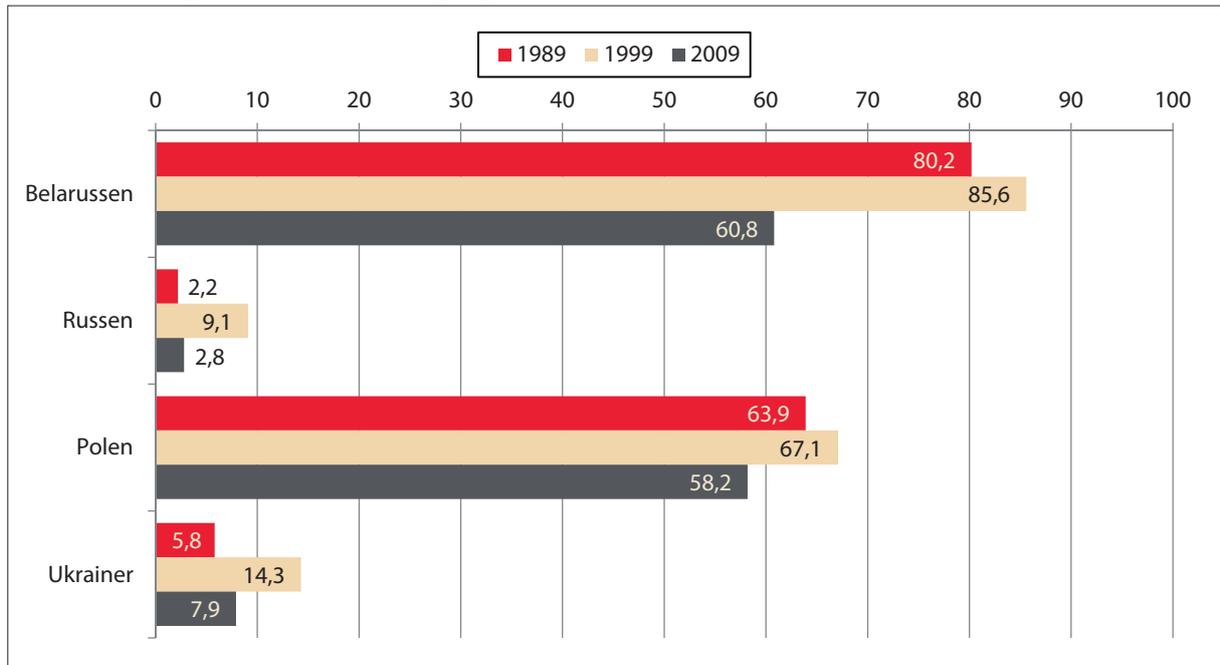
Ingo Petz, geb. 1973, ist freier Autor und Journalist und beschäftigt sich seit 1998 mit der belarussischen Kulturszene.

Lesetipps:

- Astapenia, Ryhor: How Russian Culture and Media Shape Belarusian Politics, Belarus Digest, 6.2.2014, <<http://belarusdigest.com/story/how-russian-culture-and-media-shape-belarusian-politics-16833>>.
- Barushka, Katarina: After decades of Russian dominance, Belarus begins to reclaim its language, in: The Guardian, 28.1.2015, <www.theguardian.com/world/2015/jan/28/sp-russian-belarus-reclaims-language-belarusian>.
- Petz, Ingo: Paranoia und Pragmatismus. Die belarussische Alternativkultur nach 2010, in: Belarus-Analysen, Nr. 12, 14.06.2013, S. 2-6, <<http://www.laender-analysen.de/belarus/pdf/BelarusAnalysen12.pdf>>.
- Yanusik, Aljaksandr: Say it Loud, I'm Belarusian and Proud, 28.11.2014, <www.tol.org/client/article/24583-say-it-loud-im-belarusian-and-proud.html>.

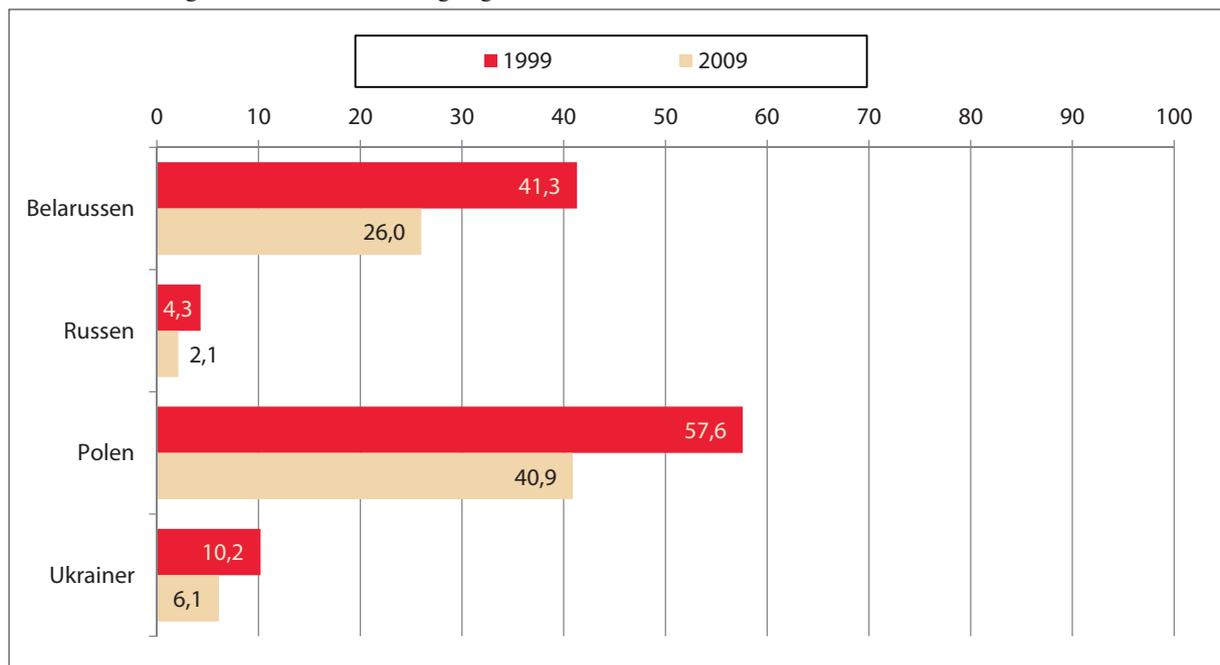
Zum Gebrauch der belarussischen Sprache

Grafik 1: Anteil der Bevölkerung mit Belarussisch als Muttersprache in Abhängigkeit von Nationalität (Ergebnisse der Volksbefragungen in %)



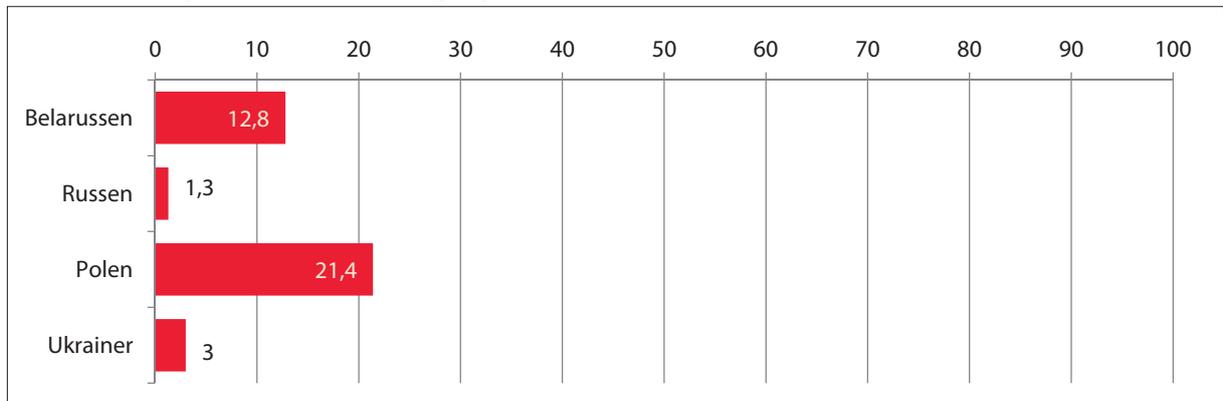
Quelle: *Belarus Censuses: Population Declines, National Identity Strengthens*, <<http://belarusdigest.com/story/population-and-identity-trends-two-decades-belarusian-independence-11605>>

Grafik 2: Anteil der Bevölkerung, die zu Hause Belarussisch spricht, in Abhängigkeit von Nationalität (Ergebnisse der Volksbefragungen in %)



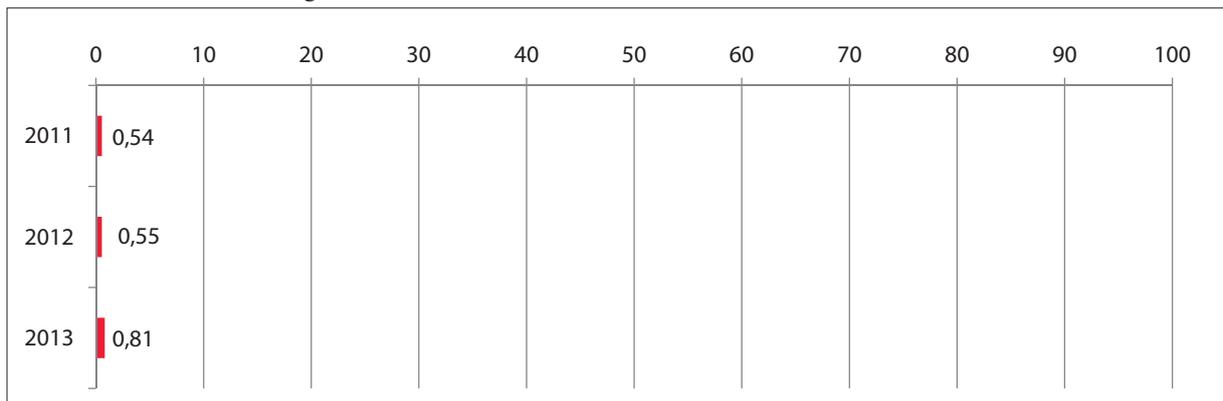
Quelle: *Belarus Censuses: Population Declines, National Identity Strengthens*, <<http://belarusdigest.com/story/population-and-identity-trends-two-decades-belarusian-independence-11605>>

Grafik 3: Anteil der Stadtbevölkerung, die zu Hause Belarussisch spricht, in Abhängigkeit von Nationalität (Ergebnisse der Volksbefragung von 2009 in %)



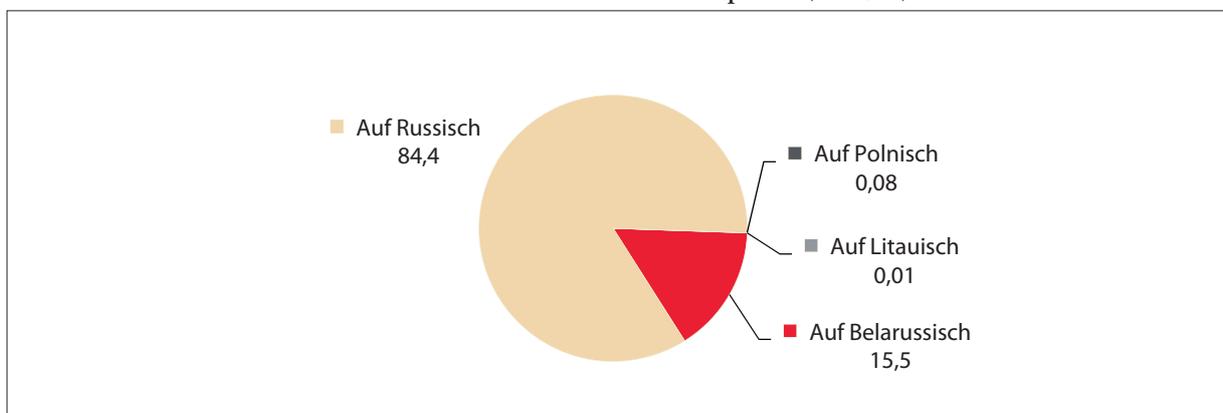
Quelle: *Belarus Censuses: Population Declines, National Identity Strengthens*, <<http://belarusdigest.com/story/population-and-identity-trends-two-decades-belarusian-independence-11605>>

Grafik 4: Anteil der Bürgerschriften an die Exekutivbehörden auf Belarussisch (%)

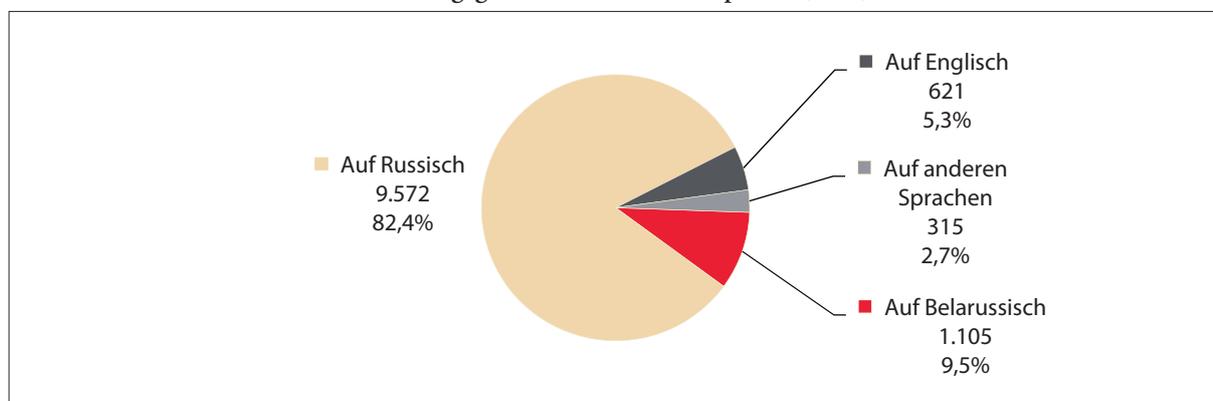


Quelle: *Tolki 0,81% pa-belaruku*, <<http://www.belaruspartisan.org/m/blogs/sluchak/>>

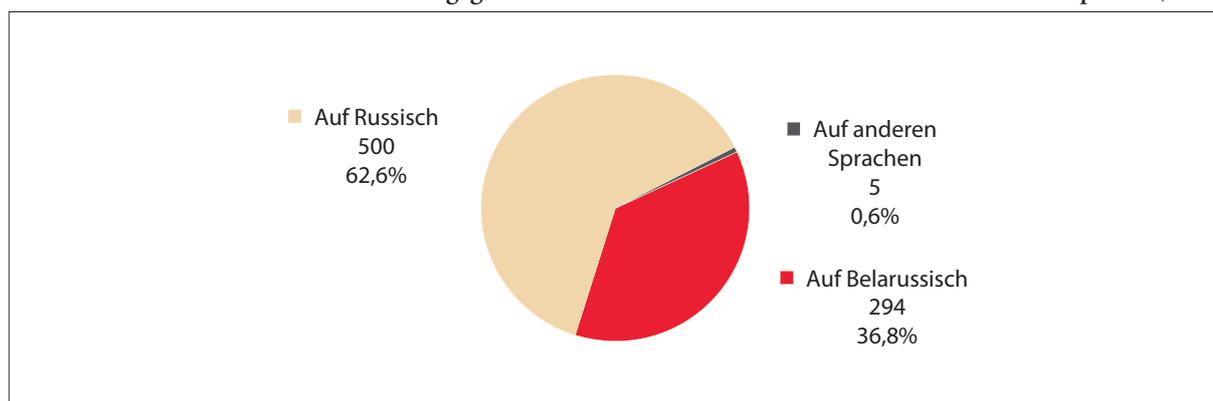
Grafik 5: Anteil der SchülerInnen in Belarus nach Unterrichtssprache (2013, %)



Quelle: *Bildungsministerium der Republik Belarus, Belarusskoje obrasowanije w kontekste mezhdunarodnyh pokazatelej 2013/2014 god*, S. 38, <<http://www.edu.gov.by/ru/main.aspx?guid=22151>>

Grafik 6: Anteil der in Belarus herausgegebenen Bücher nach Sprache (2014)

Quelle: Nationale Buchkammer der Republik Belarus, <<http://natbook.org.by/>>

Grafik 7: Anteil der in Belarus herausgegebenen Belletristikbücher belarussischer Autoren nach Sprache (2014)

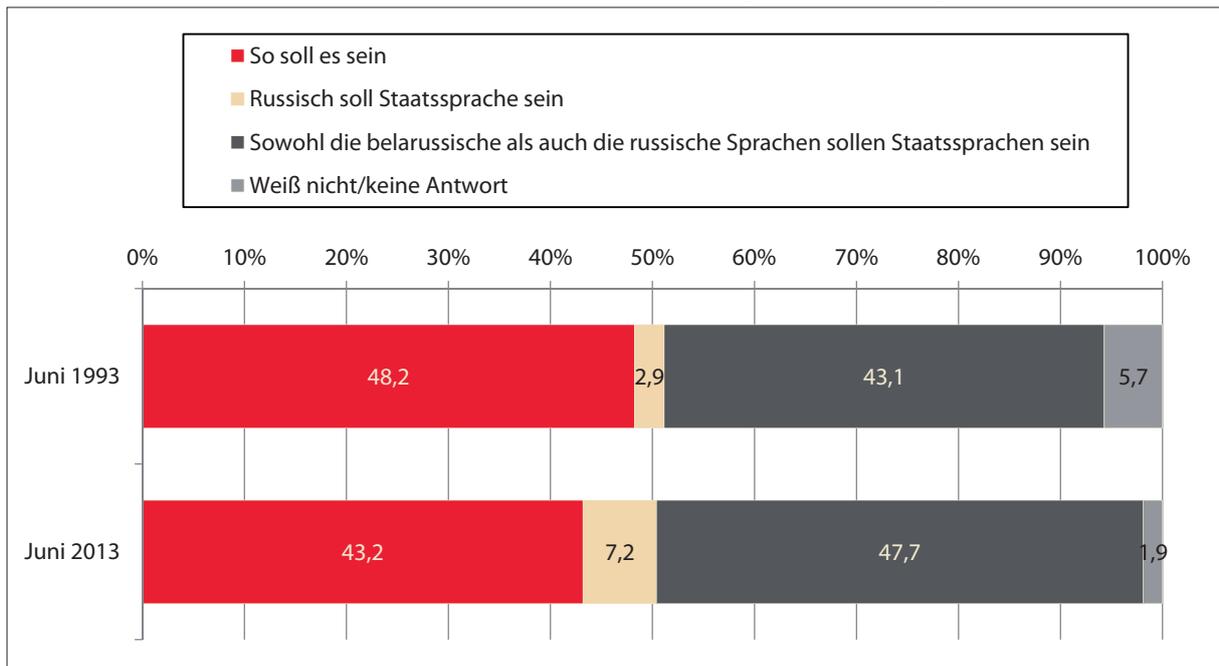
Quelle: *Hod vydannja 2014*, <<http://zviazda.by/2015/01/68928.html>>

UMFRAGE

Zum Ansehen der belarussischen Sprache

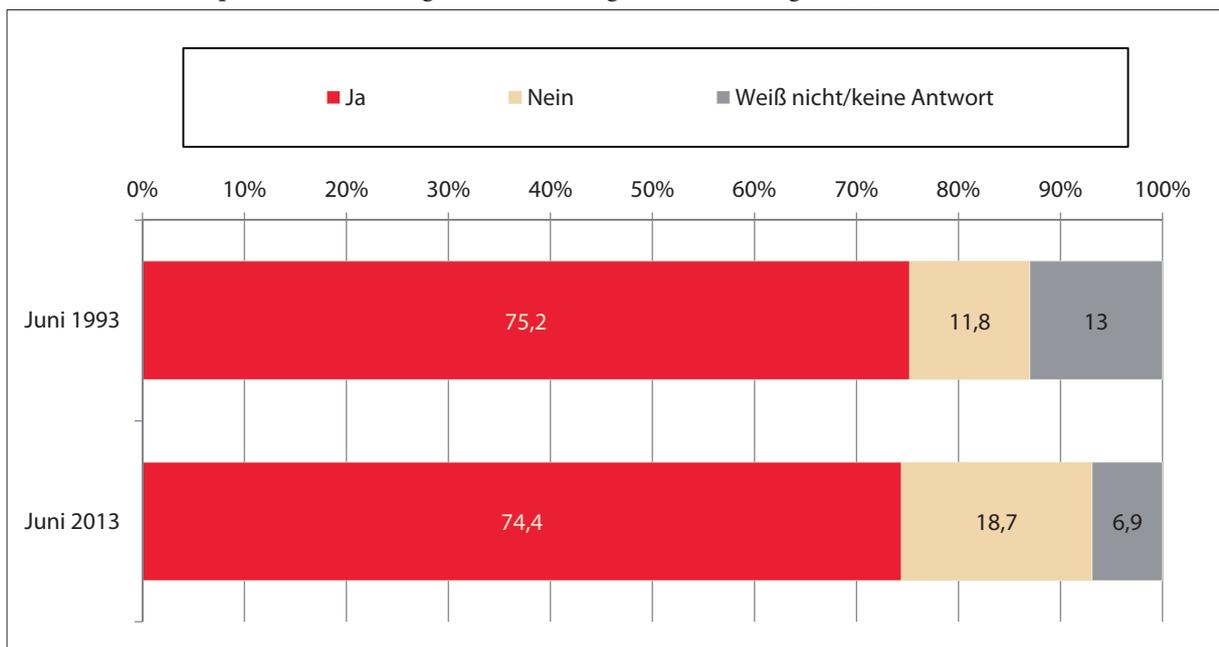
Umfragen des Unabhängigen Instituts für sozial-ökonomische und politische Studien

Grafik 1: Wie stehen Sie dazu, dass in Belarus die belarussische Sprache die Staatssprache ist? (%)



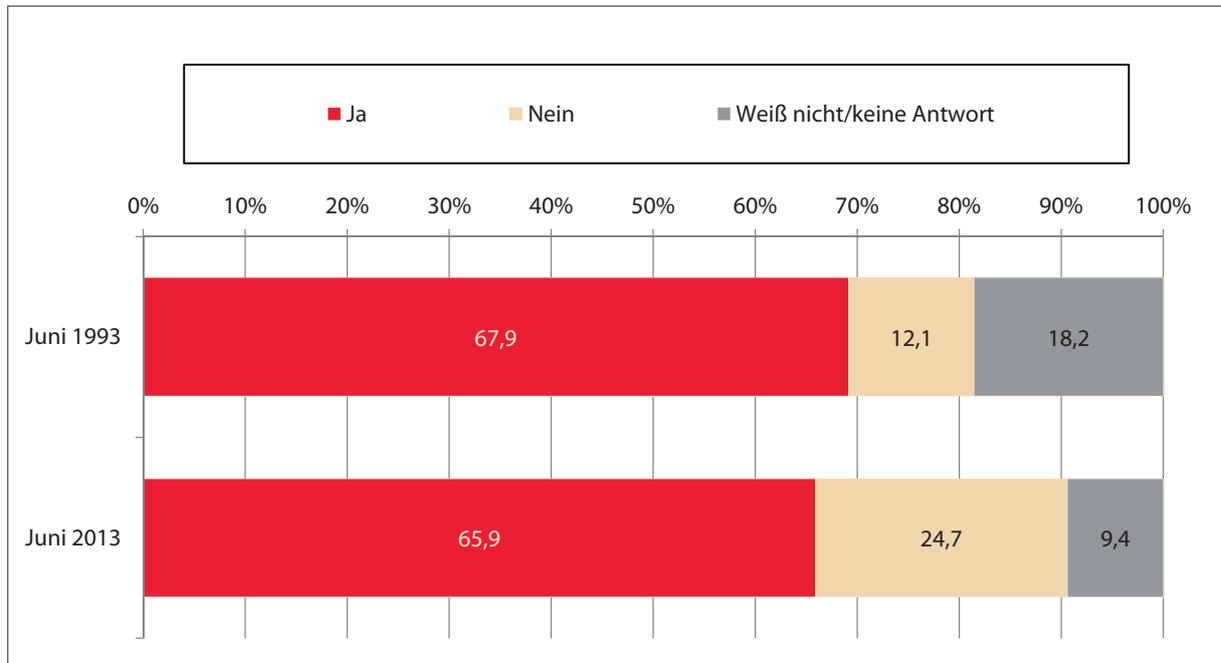
Quelle: *Mezhdu chaosom i diktaturaj*, <<http://www.iiseps.org/analitica/547>>

Grafik 2: Halten Sie es für notwendig, bei der Einführung der belarussischen Sprache als Amts- und Unterrichtssprache die Meinung der Bevölkerung zu berücksichtigen? (%)



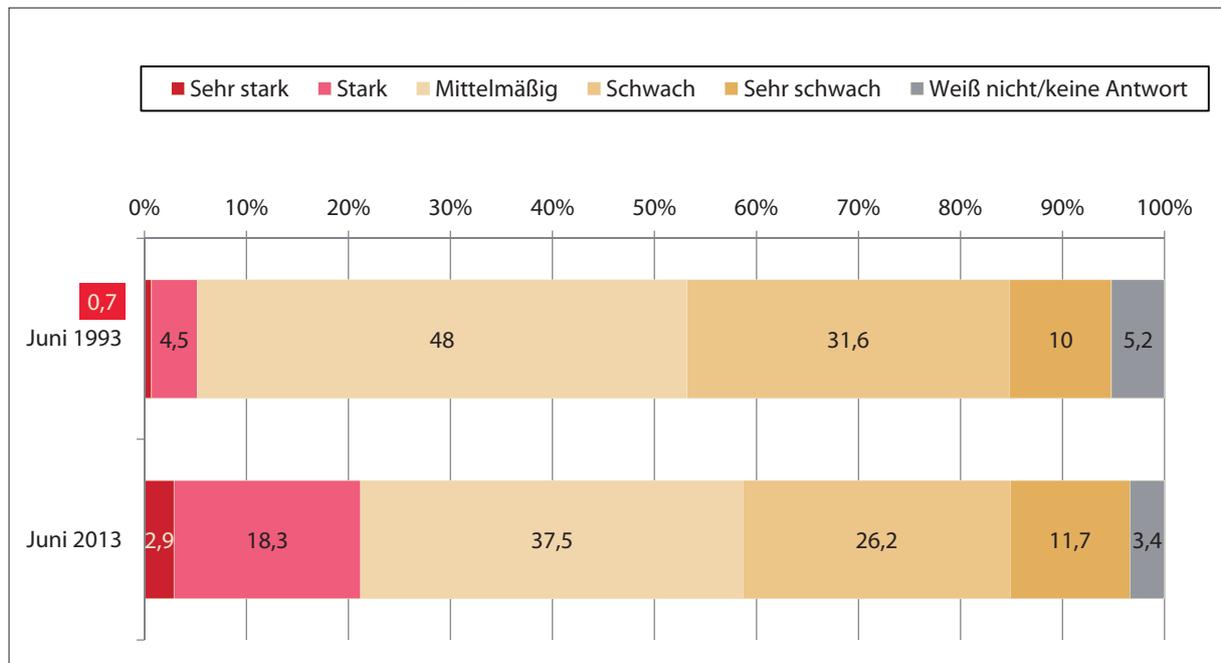
Quelle: *Mezhdu chaosom i diktaturaj*, <<http://www.iiseps.org/analitica/547>>

Grafik 3: Soll der Staat Ihrer Meinung nach das Wiederaufleben der belarussischen Sprache unterstützen? (%)



Quelle: *Mezhdu chaosom i diktaturoj*, <<http://www.iiseps.org/analitica/547>>

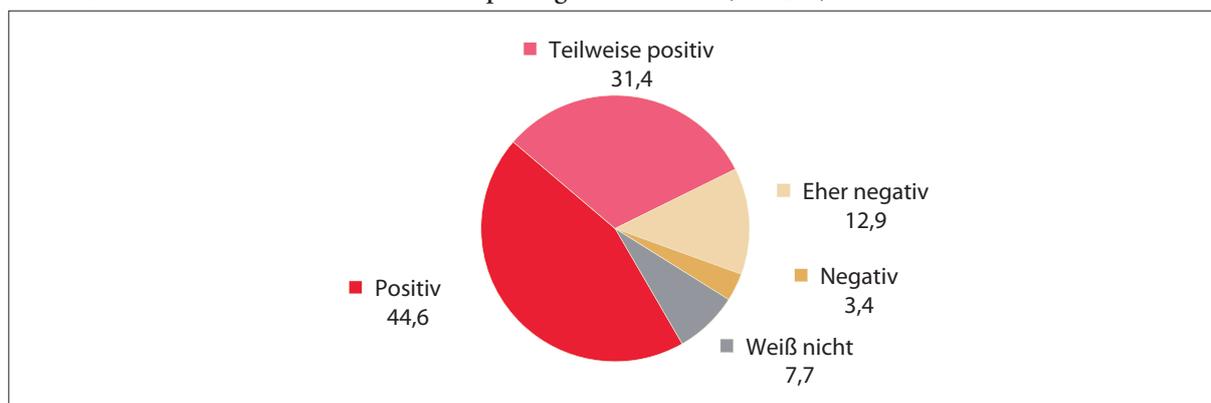
Grafik 4: Besteht Ihrer Meinung nach Gefahr für die belarussische Nation dadurch, dass der wesentliche Anteil der Belarussen Russisch spricht? (%)



Quelle: *Mezhdu chaosom i diktaturoj*, <<http://www.iiseps.org/analitica/547>>

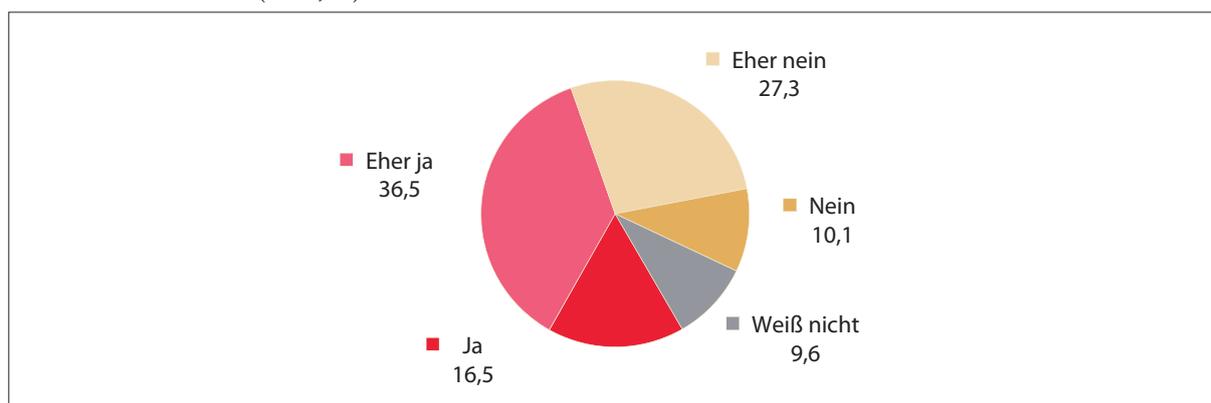
Umfrage der Kampagne »Budzma belarusami!«

Grafik 5: Wie stehen Sie zu belarussischsprachigen Menschen? (2014, %)



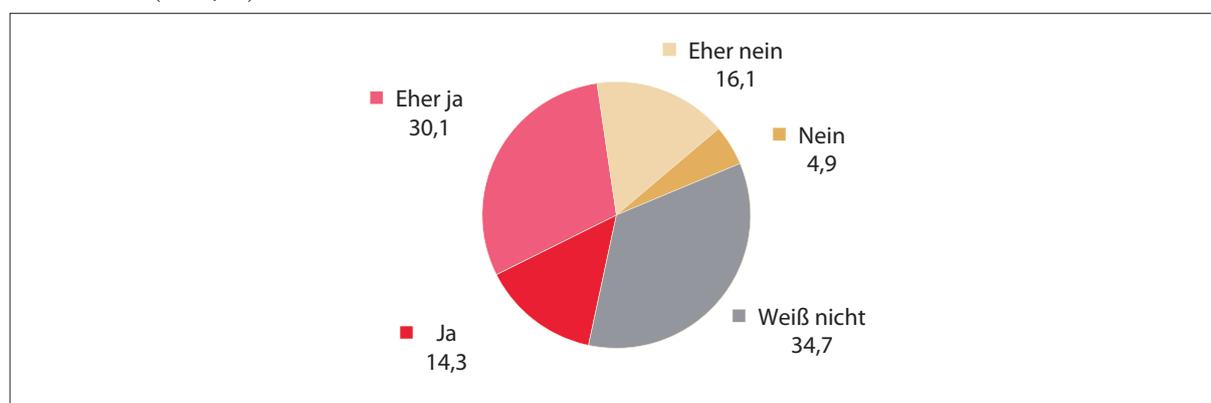
Quelle: *Jak belarusy stawjazza da belaruskamounych*, <<http://budzma.by/news/yak-byelarusy-stavyacca-da-byelaruskamownykh.html>>

Grafik 6: Möchten Sie, dass der Staat mehr Maßnahmen zur Unterstützung der belarussischen Sprache finanziert? (2014, %)



Quelle: *Jak belarusy stawjazza da belaruskamounych*, <<http://budzma.by/news/yak-byelarusy-stavyacca-da-byelaruskamownykh.html>>

Grafik 7: Möchten Sie, dass die belarussische Sprache häufiger im Fernsehen und Radio gebraucht wird? (2014, %)



Quelle: *Jak belarusy stawjazza da belaruskamounych*, <<http://budzma.by/news/yak-byelarusy-stavyacca-da-byelaruskamownykh.html>>

Tabelle 1: Was halten Sie von Menschen, die immer nur Belarussisch reden? (%)

	2009	2011	2014
»Echte Belarussen, Patrioten«	48,2	46,7	40,4
Gleichgültig (Habe nie darüber nachgedacht)	24,7	28,9	30,1
Sie machen es aus Effekthascherei	6,9	7,5	8,4
»Komische Menschen«	3	4,4	6,4
»Elite der Nation«	5,1	10,4	5,6
»Dörfler« (d. h. provinziell)	5,4	6,1	4,5
»Opposition«	4	8,9	3,7
»Nationalisten«	3,6	5,2	2,3
Weiß nicht	4,1	3,3	2,0

Quelle: *Jak belarusy stawjazza da belaruskamounych*, <<http://budzma.by/news/yak-byelarusy-stavyacca-da-byelaruskamownykh.html>>

11. Dezember 2014 – 15. März 2015

11.12.2014	Das Handelsministerium schließt insgesamt sieben Filialen zweier Handelsketten für Haushaltstechnik, weil diese nicht ausreichend Erzeugnisse belarussischer Herstellung anbieten. In den folgenden zwei Wochen werden mit dieser Begründung weitere Einkaufszentren geschlossen.
12.12.2014	Der Organisation »Christliche Demokraten von Minsk« wird von den Minsker Behörden die Registrierung als NRO verweigert. Die Ablehnung wird mit formalen Fehlern bei der Antragsstellung begründet.
12.12.2014	Die Berufung der Menschenrechtlerin Aljona Tankatschowa gegen ihre von Minsker Behörden am 5. November beschlossene Ausweisung wird in erster Instanz abgelehnt.
15.12.2014	Der Aktivist der Bewegung »Alternative« Aljaksėj Schubara, der am 12. Dezember beim Protest gegen die Politik Russlands in der Ukraine verhaftet wurde, wird von einem Minsker Gericht zu sieben Tagen Haft verurteilt.
15.12.2014	Aljaksandr Lukaschenka unterzeichnet das Dekret Nr. 5, das zur Stärkung der Arbeitsdisziplin im Staats- und Privatsektor beitragen soll.
15.12.2014	Der Aufsichtsrat der russischen Landwirtschaft hebt die im November verhängten Importeinschränkungen für zwei belarussische Fleischproduzenten auf. In den folgenden Tagen werden weitere Unternehmen von der Verbotsliste gestrichen.
16.12.2014	Aljaksandr Lukaschenka äußert sich während einer Sitzung des Sicherheitsrates der Republik Belarus besorgt über die Erhöhung des NATO-Militärpotenzials an der belarussischen Westgrenze. Als weitere Gefahren nennt der Präsident ideologische Medienkriege sowie indirekte Destabilisierungsaktivitäten westeuropäischer NRO in den Nachbarländern.
16.–17.12.2014	Der ehemalige EU-Kommissionschef und Präsident der Foundation for World Wide Cooperation Romano Prodi hält auf Einladung der Belarussischen Staatsuniversität eine Vorlesung zum Thema EU-Außenpolitik in Minsk. Während seines Aufenthalts trifft Prodi zudem mit Präsident Lukaschenka und Außenminister Makej zusammen.
17.12.2014	Die freie Journalistin Tamara Schtschapjotkina, die für den in Belarus nicht akkreditierten polnischen »Radio Razija« arbeitet, wird von einem Gericht des Bezirks Bjarosa (Gebiet Brest) wegen »illegaler Herstellung von Medienprodukten« zu einer Geldstrafe in Höhe von 4,5 Mio. BYR verurteilt.
18.12.2014	Der im Dezember 2010 verhaftete und 2011 zu vier Jahren Haft verurteilte Aktivist der oppositionellen »Jungen Front« Eduard Lobau, den »Amnesty International« als politischen Gefangenen einstuft, wird aus der Haft entlassen.
18.12.2014	Die US-Staatssekretärin Victoria Nuland erklärt, die USA seien bereit, die Beziehungen mit Belarus zu verbessern. Voraussetzung hierfür bleibe aber weiterhin die Einhaltung der Menschenrechte.
18.12.2014	Die Leiterin der EU-Vertretung in Belarus Majra Mora kündigt während einer Pressekonferenz anlässlich des Internationalen Tags der Migranten an, die EU werde Belarus weiterhin mit finanzieller und technischer Hilfe bei der Bekämpfung illegaler Migration unterstützen.
19.12.2014	Das belarussische Handelsministerium verbietet Händlern per Verordnung auf unbestimmte Zeit Preiserhöhungen, um die Inflation sowie die Ängste der Bevölkerung vor einer erneuten Währungsabwertung einzudämmen.
19.12.2014	Die belarussische Nationalbank führt eine 30-Prozent-Gebühr für den Ankauf von Devisen durch natürliche und juristische Personen ein, um die Stabilität der Währungsreserven zu gewährleisten. Die Gebühr wird am 20. Dezember auf 20 % und am 5. Januar auf 10 % reduziert. Die endgültige Aufhebung der Gebühr erfolgt am 9. Januar 2015. Insgesamt verliert der belarussische Rubel in diesem Zeitraum gegenüber dem US-Dollar um 26 % an Wert.
19.–20.12.2014	Der Zugang zu den Webseiten mehrerer unabhängiger online-Medien – u. a. charter97.org, naviny.by, belaruspartisan.org, belapan.com, belapan.by – wird innerhalb von Belarus blockiert.
20.12.2014	Das belarussische Handelsministerium schließt 13 Onlineshops, weil sie das am 19. Dezember verhängte Verbot von Preiserhöhungen nicht einhalten. In den folgenden Tagen werden die Aktivitäten von 11 weiteren Online-Händlern verboten. Im Januar 2015 werden mehrere Einkaufszentren aus dem gleichen Grund vorübergehend geschlossen.
21.12.2014	In Minsk findet ein Kongress für die Unabhängigkeit von Belarus statt. Die etwa 100 Teilnehmer aus Oppositionsparteien, NRO und Intelligenz bezeichnen die Eurasische Wirtschaftsunion als Gefahr für die belarussische Souveränität.

21.12.2014	Lukaschenka trifft sich in Kiew mit seinem ukrainischen Amtskollegen Pjotr Poroschenko und versichert diesem weiterhin seine Unterstützung bei der Suche nach Wegen zur Beilegung des Konflikts in der Ostukraine. Poroschenko bedankt sich seinerseits für das Eintreten Lukaschenkas für den Erhalt der territorialen Integrität der Ukraine.
23.12.2014	Lukaschenka nimmt an der Sitzung des Sicherheitsrats der Organisation des Vertrags für Kollektive Sicherheit (OVKS) sowie des Obersten Wirtschaftsrats der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) in Moskau teil. Im Anschluss unterzeichnen die Staatsechefs Armeniens, Belarus', Kasachstans und Russlands den Vertrag über den Beitritt Kyrgistans zur EAWU, der voraussichtlich im Mai 2015 in Kraft treten soll.
24.12.2014	Die Minsker Behörden verweigern dem belarussischen Sänger Smizer Wajtjuschkewitsch die Genehmigung für ein Weihnachtskonzert in Minsk, nachdem sie ihm im Oktober erstmals seit März 2011 wieder einen öffentlichen Auftritt in Minsk erlaubt hatten.
24.12.2014	Die von der OSZE geleitete Kontaktgruppe zur Beilegung der Krise im Osten der Ukraine tagt zum fünften Mal in Minsk. Abgesehen von Absprachen zum beidseitigen Austausch von Geiseln kann die Kontaktgruppe bei dieser Sitzung jedoch keine weitere Einigung erzielen.
27.12.2014	Präsident Lukaschenka beschließt Personalveränderungen an der Spitze zahlreicher staatlicher Institutionen. Neuer Ministerpräsident wird der bisherige Leiter der Präsidialverwaltung Andrej Kabjakou, zu dessen Nachfolger der bisherige Wizebsker Gouverneur Aljaksandr Kosinez ernannt wird. Ebenso werden drei von fünf Vizepremiers ersetzt, wobei mit der bisherigen Bürgermeisterin von Nawapolazk Natallja Katschanawa erstmals eine Frau stellvertretende Premierministerin wird. Des Weiteren erfolgt ein Wechsel an der Spitze des Bildungs-, des Industrie-, des Steuer- und des Wirtschaftsministeriums sowie der Nationalbank. Der bisherige Ministerpräsident Mjasnikowitsch wird zum Vorsitzenden des Rats der Republik ernannt.
27.12.2014	Der Aktivist der Konservativen Christlichen Partei »Belarussische Volksfront« (BNF) Sjarhei Kawalenka wird von einem Wizebsker Gericht wegen »leichtem Hooliganismus« zu 10 Tagen Haft verurteilt. Kawalenka war am 24. Dezember festgenommen worden, weil er eine rot-weiß-rote Fahne an einem Haus in Witebsk aufgehängt hatte.
28.–29.12.2014	Außenminister Makej trifft sich bei einem Arbeitsbesuch im Iran u. a. mit Vizepräsident Eshagh Jahangiri, Außenminister Mohammad Javad Zarif und Industrieminister Reza Nematzadeh. Zentrales Thema der Gespräche ist die Zusammenarbeit im Handels- und Investitionsbereich.
29.12.2014	Das belarussische Parlament ratifiziert die mit Brasilien und Ecuador abgeschlossenen zwischenstaatlichen Abkommen zur gegenseitigen Aufhebung der Visumpflicht für kurzfristige Aufenthalte.
30.12.2014	Das Außenministerium der USA verhängt Sanktionen gegen das belarussische Staatsunternehmen »Belweschpromservice« wegen des Verdachts gegen das Waffenverbreitungsverbot an Iran, Nordkorea und Syrien verstoßen zu haben. Entsprechende Sanktionen gegen den Konzern galten bereits von Dezember 2011 bis Dezember 2013.
01.01.2015	Der Vertrag über die Eurasische Wirtschaftsunion tritt in Kraft. Belarus übernimmt als erstes Mitgliedsland den Vorsitz.
01.01.2015	Das neue Mediengesetz, das am 17./18. Dezember von den beiden Kammern der Nationalversammlung verabschiedet und am 21. Dezember von Präsident Lukaschenka unterschrieben wurde, tritt in Kraft. Damit werden insbesondere die Regelungen für online-Medien verschärft.
04.01.2015	Das belarussische Parlament ratifiziert ein Abkommen über den visafreien Verkehr mit Israel.
08.01.2015	Präsident Lukaschenka übermittelt in einem Kondolenztelegramm an seinen Amtskollegen Francois Hollande den Angehörigen der Getöteten und Verletzten beim Terroranschlag, der am 7. Januar auf die Redaktion der Zeitschrift »Charlie Hebdo« in Paris verübt wurde, sein Mitgefühl. Belarus verurteilt den Anschlag aufs Schärfste, so Lukaschenka.
09.01.2015	Der Buchladen »LohwinaU«, der vor allem Werke belarussischer Autoren verkauft, wird nach einer Durchsichtung durch die Minsker Steuerbehörden im Dezember 2014 zu einer Geldstrafe in Höhe von über 960 Mio. BYR (etwa 59.000 Euro) verurteilt. Dem Eigentümer Ihar Lohwinau wird vorgeworfen, Printerzeugnisse ohne Lizenz des Informationsministeriums zu verbreiten. Entsprechende Anträge des Verlegers waren freilich in 2014 mehrmals abgelehnt worden.

11.01.2015	Der Vorsitzende der Vereinigten Bürgerpartei Anatol Ljabedska, der stellvertretende Vorsitzende der Grünen Partei Smizer Kutschuk und der Journalist Pawel Konowaltschik erhalten eine Anzeige wegen Durchführung eines unerlaubten Meetings, weil sie in der Nähe der französischen Botschaft Schilder mit der Aufschrift »Je suis Charlie« gehalten habe. Die Anzeige wird Anfang Februar von einem Minsker Gericht fallen gelassen, nachdem Präsident Lukaschenka auf Nachfragen von unabhängigen Journalisten bei seiner Pressekonferenz am 29. Januar diese Maßnahme als idiotisch bezeichnet hatte.
12.–13.01.2015	Prof. Grigory Ioffe von der US-amerikanischen Redford University präsentiert auf Einladung von Aljaksandr Lukaschenka in Minsk sein Buch »Reassessing Lukashenka: Belarus in Cultural and Geopolitical Context«. Das Buch basiert wesentlich auf Interviews mit dem belarussischen Präsidenten.
13.01.2015	Die Berufung der Menschenrechtlerin Aljona Tankatschowa gegen ihre Ausweisung aus Belarus wird in zweiter Instanz abgelehnt.
15.01.2015	Die belarussische Repräsentantenkammer bestätigt bei einer außerordentlichen Sitzung auf Empfehlung von Präsident Lukaschenka die Ernennung von Andrej Kabjakau zum neuen Premierminister. In seiner Rede betont Lukaschenka die wirtschaftliche Expertise der neuen Regierung und nimmt Stellung zu den Grundfragen von Außen- und Wirtschaftspolitik. Dabei unterstreicht er die einzigartige Bedeutung Russlands für Belarus, die vom Westen niemals ersetzt werden könne.
15.01.2015	Der Aufsichtsrat der russischen Landwirtschaft wirft Belarus erneut vor, illegal verbotene EU-Waren nach Russland einzuführen.
16.01.2015	Den Aktivisten der Vereinigten Bürgerpartei (AHP) werden landesweit mehrere Kundgebungen untersagt, bei denen zum Rücktritt des belarussischen Präsidenten aufgerufen werden sollte.
19.01.2015	Informationsministerin Lilija Ananitsch kritisiert bei einer Online-Konferenz der Nachrichtenagentur Belta unabhängige Medien, die Karikaturen der Zeitschrift Charlie Hebdo nachgedruckt haben, und verlangt eine »gesellschaftliche Bewertung«.
20.01.2015	Lukaschenka erklärt während der Versammlung des Belarussischen Republikanischen Jugendverbands (BRSM), dass insbesondere belarussische Sprache, Kultur und Geschichte Belarussen zu Belarussen machen.
21.01.2015	Außenminister Uladsimir Makej trifft sich mit ausgewählten belarussischen Experten für Internationale Beziehungen zu einem Meinungsaustausch. Der genaue Teilnehmerkreis wird jedoch nicht bekannt gegeben.
22.01.2015	Der Staatsbeauftragte für Religion und Nationalitäten Leanid Huljaka wirft in Belarus eingesetzten ausländischen katholischen Priestern vor, sich politisch zu betätigen und gegen zahlreiche Rechtsvorschriften zu verstoßen. Zugleich beschuldigt er die Katholische Kirche, sich nicht ausreichend um den Ersatz ausländischer Priester durch einheimische zu bemühen. Die Erklärung stößt auf heftige Kritik der katholischen Bischöfe in Belarus und ist Anlass für ein Treffen von Nuntius Claudio Gugerotti mit Außenminister Makej am 31. Januar. Der Kritik schließt sich auch der Botschafter Polens an, da Polen die meisten ausländischen katholischen Priester in Belarus stellt.
22.01.2015	Bei einer Gedenkkundgebung am Jahrestag der ersten Todesfälle auf dem Euromaidan in Kiew, unter denen sich auch der Belarusse Michail Shysneuski befand, werden in Minsk neun Personen verhaftet. Vier Verhaftete werden noch in der Nacht freigelassen, die fünf anderen werden am nächsten Tag von einem Minsker Gericht wegen »Verletzung der Organisations- und Durchführungsordnung von Massenveranstaltungen« zu 5 bis 15 Tagen Haft bzw. zu einer Geldstrafe verurteilt.
22.–23.01.2015	Der stellvertr. lettische Außenminister Andrejs Pildegovičs trifft bei seinem offiziellen Besuch in Minsk mit Außenminister Makej zusammen. Bei einer Pressekonferenz betont er, dass Lettland die Beziehungen zwischen Belarus und der EU verbessern wolle und auf substantielle Fortschritte während seiner EU-Ratspräsidentschaft hoffe. In einer ähnlichen Erklärung in Riga hatte Pildegovičs Anfang 2015 betont, dass die Freilassung der politischen Gefangenen diesen Prozess beschleunigen würde.
23.01.2015	Der stellvertretende Bildungsminister Sjarhej Rudy informiert über die Bewilligung neuer Fördermittel in Höhe von 340.000 US-Dollar durch die Weltbank zur Weiterentwicklung des belarussischen Bildungswesens. Mit den Weltbankmitteln will Belarus u. a. den Beitritt zum »Programme for International Student Assessment« (PISA) finanzieren. Der stellvertretenden Bildungsministerin Raisa Sidarenka zufolge könne der Beitritt bereits 2018 erfolgen. Dies erlaube es Belarus, sein Bildungssystem mit dem von höher entwickelten Staaten zu vergleichen.
29.01.2015	Präsident Lukaschenka nimmt in einer siebenstündigen Pressekonferenz für belarussische Journalisten in Minsk umfassend Stellung zu politischen und wirtschaftlichen Fragen. Dabei betont er u. a., dass er keine wesentlichen Veränderungen in den Beziehungen zum Westen vor den Präsidentschaftswahlen erwarte. Zugleich erteilt er liberalen Wirtschaftsreformen erneut eine Absage.

30.01.2015	Der Geschäftsträger der belarussischen Botschaft in den USA Pawel Schydouski bittet bei einer Konferenz des Atlantic Council zur Östlichen Partnerschaft in Washington den Westen angesichts der russischen Wirtschaftskrise und der sich aus dem Ukraine-Konflikt ergebenden Gefahren für die nationale Souveränität um mehr Unterstützung für Belarus. Schydouski gibt zugleich die Existenz von Menschenrechtsproblemen in Belarus zu, betont aber, dass sich die Regierung um die Lösung dieser Probleme bemühe.
31.01.2015	Die Kontaktgruppe zur Beilegung der Krise im Osten der Ukraine tagt zum sechsten Mal in Minsk. Es werden allerdings keine konkreten Absprachen erzielt.
01.02.2015	Die im Dezember 2014 verabschiedeten Änderungen am Gesetz über den Kriegszustand treten in Kraft.
02.02.2015	Landwirtschaftsminister Leanid Sajaz schlägt Russland vor, verbotene EU-Waren von der belarussischen Grenze bis nach Kasachstan zu begleiten, um zu verhindern, dass diese illegal in Russland vertrieben werden. Der Aufsichtsrat der russischen Landwirtschaft hat Belarus bereits mehrmals vorgeworfen, illegal unter die russischen Sanktionen fallende EU-Waren nach Russland einzuführen. Belarus nutzt hierfür den gemeinsamen Wirtschaftsraum mit Russland und Kasachstan, d. h. die Waren werden offiziell als für Kasachstan bestimmt deklariert, bleiben aber in der Praxis beim Transit durch Russland »hängen«.
02.–03.02.2015	Der UN-Menschenrechtsbeauftragte für Belarus Miklós Haraszti trifft sich mit belarussischen Menschenrechtlern in Litauen. Die belarussischen Behörden erkennen das Mandat von Haraszti nicht an und verweigern ihm dementsprechend die Einreise nach Belarus.
03.02.2015	Vertreter der belarussischen Geschäftswelt bitten die Regierung in einem Brief an den Handelsminister, das am 19. Dezember 2014 eingeführte Preiserhöhungsverbot für Verbrauchsgüter abzuschaffen.
04.02.2015	In Minsk finden Konsultationen der Außenministerien Belarus' und Litauens statt.
05.–08.02.2015	Außenminister Uladsimir Makej hält sich zu einem Arbeitsbesuch in Deutschland auf. Im Rahmen der 51. Münchner Sicherheitskonferenz trifft er u. a. mit Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini sowie den Außenministern Italiens, Ägyptens, Kenias und Afghanistans zusammen.
06.02.2015	Der belarussische Ministerpräsident Andrej Kabjakou nimmt an der Sitzung des EAWU-Regierungsrates im russischen Gorkij teil. Kabjakou fordert die Eurasische Wirtschaftskommission auf, die Ursachen zu analysieren, die zur Einführung einer Reihe von Handelseinschränkungen seitens Russlands für belarussische Lebensmittel Ende 2014 geführt haben.
08.–09.02.2015	Außenminister Uladsimir Makej hält sich mit einem offiziellen Besuch in Syrien auf und führt u. a. Gespräche mit Präsident Bashar al-Assad und Regierungschef Wael al-Halqi. Gesprächsthemen sind die bilateralen Beziehungen in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Handel, Humanitäres, Wissenschaft und Technik.
10.02.2015	Das Präsidium des Ministerrats billigt den Entwurf für die neue Nationale Nachhaltigkeitsstrategie bis zum Jahre 2030, der vom Forschungsinstitut des Wirtschaftsministeriums erarbeitet wurde. Vor der endgültigen Bestätigung der Strategie sollen jedoch noch einige Überarbeitungsauflagen eingearbeitet werden.
11.–12.02.2015	In Minsk findet das Gipfeltreffen zur Ukraine-Krise im Normandie-Format unter Beteiligung der deutschen Bundeskanzlerin sowie der Präsidenten Frankreichs, Russlands und der Ukraine statt. Parallel hierzu tagt bereits seit 10. Februar die trilaterale Kontaktgruppe unter Leitung der OSZE. Im Rahmen des Verhandlungsmarathons wird eine Vereinbarung zur Umsetzung des Minsker Abkommens vom September 2014 erzielt, die fortan als Minsk-2 bezeichnet wird. Belarussischen Angaben zufolge wurden über 500 Journalisten aus dem In- und Ausland für dieses Großereignis akkreditiert.
12.–13.02.2015	In Minsk finden die erste Sitzung der gemeinsamen belarussisch-französischen Kommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie das erste belarussisch-französische Businessforum statt.
16.–18.02.2015	Der iranische Außenminister Mohammad Javad Zarif tritt sich bei einem offiziellen Besuch in Minsk u. a. mit seinem belarussischen Amtskollegen Uladsimir Makej. Gesprächsgegenstand sind insbesondere der Ausbau der bilateralen Zusammenarbeit in den Bereichen Handel und Wirtschaft.
17.–18.02.2015	Der Präsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) Suma Chakrabarti trifft sich im Rahmen eines Arbeitsbesuchs in Minsk mit Präsident Lukaschenka, Ministerpräsident Kabjakou sowie mit belarussischen Diplomaten und Vertretern der Zivilgesellschaft. Die EBRD erarbeitet derzeit ihre Strategie der Zusammenarbeit mit Belarus für 2016–18. Die belarussische Führung wünscht sich insbesondere, dass die EBRD ihr Investitionsvolumen u. a. im Bereich der Verkehrsinfrastruktur erhöht sowie die existierenden Beschränkungen für die Kooperation mit staatlichen Unternehmen abschafft. Chakrabarti betont, dass die Vertiefung der Zusammenarbeit von der Bereitschaft der belarussischen Regierung zur Durchführung von Wirtschaftsreformen abhängt.

19.02.2015	Lukaschenka betont bei einer Rede im Verteidigungsministerium, dass Belarus eine mobile Armee brauche, die rasch auf veränderte Situationen zur Verteidigung der nationalen Souveränität und territorialen Integrität reagieren könne. Es müssten mehr selbstständige Militärlübungen auch ohne Beteiligung Russlands durchgeführt werden, auch wenn Russland der wichtigste Partner bleibe. Gleichzeitig erklärt der Präsident, Belarus sei zu einem konstruktiven Dialog mit der NATO bereit.
21.02.2015	Die Menschenrechtlerin und russische Staatsbürgerin Aljona Tankatschowa muss Belarus für drei Jahre verlassen, nachdem ihre Berufungsklage gegen die Ausweisung am 19. Februar in letzter Instanz abgewiesen wurde.
19.–20.02.2015	Der lettische Außenminister Edgars Rinkēvičs führt in Minsk Gespräche mit Präsident Lukaschenka, Außenminister Makej sowie mit Vertretern der Zivilgesellschaft. Themen sind insbesondere die Entwicklung eines individuellen Ansatzes in der Zusammenarbeit zwischen der EU und den Staaten der »Östlichen Partnerschaft« sowie die Notwendigkeit eines Dialogs zwischen der EU und der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU).
19.–20.02.2015	Eine belarussische Delegation unter Leitung des Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Rates der Republik für internationale Angelegenheiten und nationale Sicherheit Uladsimir Senko nimmt an der Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Wien teil. Die Delegation führt zahlreiche politische Gespräche, weigert sich aber den Vorsitzenden der Ad hoc Working Group on Belarus Christian Holm zu treffen, da sie keine Notwendigkeit in der Existenz einer speziellen Arbeitsgruppe zu Belarus sieht.
20.02.2015	Die Aktivisten der Bewegung »Alternative« Sjarhej Katschur und Uladsislau Sapassau werden in Minsk verhaftet, als sie Plakate zum Internationalen Tag der Muttersprache am 21. Februar aufhängen. Sie werden noch am gleichen Tag von einem Minsker Gericht wegen »Ungehorsam gegenüber der Polizei« jeweils zu einer Geldstrafe in Höhe von 9 Mio. BYR verurteilt.
20.02.2015	In Belarus gelten neue Regeln für die Preisbildung, welche an die Stelle des am 19. Dezember 2014 verhängten Preisemoratoriums treten. Demnach dürften Einzelunternehmer und juristische Personen ihre Preise nur entsprechend der offiziellen Inflationsrate für von ihnen verwendete Rohstoffe, Verpackungen u. a. sowie der entsprechend Wechselkursveränderungen im Falle des Weiterverkaufs von importierten Gütern erhöhen. Die Gewinnspanne darf maximal 3 Prozent betragen. Für Obst und Gemüse gelten weiterhin fixe Preise, die von den lokalen Behörden festgelegt werden.
23.–27.02.2015	Der Leiter der Menschenrechtsorganisation »Wjasna« Ales Bjaljazki besucht auf Einladung von »Amnesty International« Italien und trifft sich u. a. mit der Leiterin der Menschenrechtsabteilung des italienischen Außenministeriums Jessica Laganà.
24.02.2015	Die stellvertretende Generalsekretärin für politische Fragen des Europäischen Auswärtigen Dienstes Helga Schmid trifft sich in Minsk mit Präsident Lukaschenka, Außenminister Makej und Vertretern der Zivilgesellschaft, um Zustand und Aussichten der Zusammenarbeit zwischen Belarus und der EU zu besprechen.
24.–27.02.2015	Der Berichterstatter des Ausschusses für politische Angelegenheiten und Demokratie der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) Andrea Rigoni führt in Minsk Gespräche u. a. mit Außenminister Uladsimir Makej, dem Parlamentsvorsitzenden Uladsimir Andrejtschanka, der Leiterin der Zentralen Wahlkommission Lidsia Jarmoschyna sowie mit belarussischen Menschenrechtlern. Rigoni betont die Wichtigkeit der Wiederaufnahme eines Dialogs zwischen der PACE und Belarus.
25.02.2015	Die Organisation »Amnesty International« veröffentlicht ihren Jahresbericht für das Jahr 2014. Demzufolge hat sich die Menschenrechtssituation in Belarus im letzten Jahr nicht verbessert.
26.–28.02.2015	Der stellvertretende US-Staatssekretär Eric Rubin führt im Rahmen eines Arbeitsbesuchs in Minsk Gespräche mit Präsident Lukaschenka, Außenminister Makej sowie mit Vertretern der belarussischen Zivilgesellschaft und Opposition. Gesprächsthemen sind die bilateralen Beziehungen, die Menschenrechtssituation in Belarus sowie die Sicherheitslage in Europa im Kontext der Ukraine-Krise.
27.02.2015	Das belarussische Außenministerium veröffentlicht im Vorfeld der 28. Sitzung des UN-Menschenrechtsrats in Genf seinen dritten Jahresbericht über Menschenrechtsverletzungen in ausgewählten westlichen Staaten.
02.03.2015	Der Rat der Republik ratifiziert ein Zusatzprotokoll zur Vereinbarung zwischen Belarus und Russland über den Bau eines AKW in Belarus, demzufolge die Frist für die Inbetriebnahme des ersten Blocks auf 2018 und des zweiten Blocks auf 2020 festgelegt wird. In der bilateralen Regierungsvereinbarung sind die Jahre 2017 und 2018 für die Inbetriebnahme vorgesehen. Allerdings figurieren die Jahre 2018 und 2020 bereits im Erlass des belarussischen Präsidenten Nr. 499 vom 2. November 2013.

03.03.2015	In Moskau tagt der Oberste Rat des Unionsstaats von Belarus und Russland. Russlands Präsident Putin zeichnet seinen belarussischen Amtskollegen mit dem Alexander-Newskij-Orden aus, den er Lukaschenka bereits zu seinem 60. Geburtstag zugesprochen hatte. Putin erklärt zudem, dass beide Seiten beabsichtigen, eine Vereinbarung zur wechselseitigen Anerkennung von Visa zu unterzeichnen. Präsident Lukaschenka versichert seinerseits, dass der Bau des belarussischen AKW planmäßig verlaufe. Die Premierminister beider Länder unterzeichnen einen gemeinsamen Plan zusätzlicher Maßnahmen zur Entwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Es gibt jedoch keine neuen Kreditzusagen von russischer Seite an Belarus.
03.03.2015	Der Vorsitzende der Vereinigten Bürgerpartei Anatol Ljbedska nimmt an der Beerdigung des am 28. Februar in Moskau ermordeten russischen Oppositionspolitikers Boris Nemzow teil.
03.03.2015	In Minsk finden Konsultationen der Außenministerien von Belarus und Italien statt. Entsprechende bilaterale Beratungsgespräche gab es zuletzt 2009.
04.03.2015	In Minsk finden Konsultationen der Außenministerien von Belarus und Ungarn statt.
05.03.2015	Präsident Lukaschenka erklärt bei einem Gespräch mit leitenden Mitarbeitern des Innenministeriums die Zunahme der Kontakte zu westlichen Organisationen und Staaten mit dem Interesse von Belarus, die Sicherheit in Europa zu gewährleisten.
05.03.2015	Zur 28. Sitzung des UN-Menschenrechtsrats in Genf ist u. a. der Vorsitzende des belarussischen Menschenrechtszentrums »Wjasna« Ales Bjaljzki eingeladen, der zugleich stellvertretender Vorsitzender der Internationalen Menschenrechtsföderation (FIDH) ist.
05.–06.03.2015	Der stellvertretende Außenminister Aljaksandr Hurjanau hält sich zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Litauen auf, um Handels- und Transportfragen in Klaipeda und Vilnius zu besprechen.
05.–16.03. 2015	Eine Mission des Internationalen Währungsfonds unter Leitung von David Hofmann hält sich zur Erstellung des jährlichen Berichts über Belarus im Lande auf. Die Mission begrüßt die seit Januar 2015 flexiblere Wechselkurspolitik der Nationalbank. Gleichzeitig sagt sie einen Rückgang des BIP für 2015 voraus. Ohne eine Änderung der Wirtschaftspolitik werde Belarus auch in den nächsten fünf Jahren nur ein geringes Wirtschaftswachstum aufweisen. Falls die belarussische Regierung sich jedoch auf strukturelle Reformen einlasse, sei der IWF zu einem neuen Programm für Belarus bereit.
08.–12.03.2015	Der nordkoreanische Außenminister Ri Su-yong besucht Minsk. Auf seinem Programm stehen Gespräche mit Premierminister Kabjakou und Außenminister Makej sowie Besuche von belarussischen Unternehmen. Beide Seiten sprechen sich u. a. für die Wiederbelebung der bilateralen Regierungskommission zu landwirtschaftlichen Fragen aus. Außenminister Makej nimmt eine Einladung nach Nordkorea an.
09.03.2015	In Brüssel finden die fünften Gespräche zu Modernisierungsfragen zwischen Belarus und der EU unter Leitung der stellvertretenden Außenministerin Aljona Kuptschyna und dem Direktor des Europäischen Auswärtigen Dienstes für Russland, Östliche Partnerschaft, Zentralasien, regionale Zusammenarbeit und OSZE Gunnar Wiegand statt. Im Mittelpunkt des Gesprächs stehen Menschenrechtsfragen.
09.03.2015	Präsident Lukaschenka unterzeichnet einen Erlass, demzufolge Ausländer bei der Einreise über den Fußgänger- und Fahrradübergang sich bis zu drei Tagen ohne Visum im Nationalpark Belaweschskaja Puschtscha aufhalten können.
09.03.2015	Der Vorsitzende des Rats der Republik Michail Mjasnikowitsch äußert im Gespräch mit dem deutschen Botschafter in Belarus Wolfram Maas die Hoffnung auf eine baldige Entwicklung der bilateralen parlamentarischen Beziehungen.
10.03.2015	In Belarus treten neue Einfuhr- und Zollregeln für Privatpersonen in Kraft. Demnach dürfen bestimmte Haushaltswaren, technische Geräte, sanitäre Anlagen etc. nur einmal alle drei Jahren von einer Person für den Privatgebrauch zollfrei eingeführt werden. Für Autoreifen gilt eine Frist von zwei Jahren.
11.03.2015	Belarus erklärt sich bereit, zukünftig die Interessen von Russland in der Beratungsgruppe zum Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) zu vertreten, nachdem Russland am Vortag angekündigt hatte, seine Mitarbeit in diesem Gremium einzustellen.
12.03.2015	Das Komitee für Staatskontrolle stellt die ehemalige Vorsitzende des inoffiziellen Polenverbands Anshelika Barys unter »prophylaktische Beobachtung«, da sie im Verdacht der Tätigkeit im Namen einer nicht-registrierten Organisation steht.
12.03.2015	Die belarussische Nationalbank setzt einen Verwalter in der belarussischen Delta-Bank ein, nachdem die ukrainische Delta-Bank von der ukrainischen Nationalbank für zahlungsunfähig erklärt wurde.

12.03.2015	In Minsk findet die dritte Verhandlungsrunde zwischen Belarus und der EU über die Vereinbarung eines Visaerleichterungsabkommens statt. Am gleichen Tag erfolgen außerdem Beratungen der Außenministerien von Belarus und Tschechien in Prag sowie Regierungsverhandlungen zu den bilateralen Beziehungen mit Usbekistan in Taschkent.
12.–15.03.2015	Der Staatssekretär des Vatikans Pietro Kardinal Parolin trifft bei seinem Aufenthalt in Minsk u. a. mit Präsident Lukaschenka und Außenminister Makej zusammen. Lukaschenka versichert dem Kardinal im persönlichen Gespräch, dass Belarus alles zum Erhalt des interkonfessionellen Friedens im Land tue. Parolin verspricht seinerseits, dass sich der Vatikan für eine Normalisierung der Beziehungen von Belarus zur EU einsetzen werde. Zuletzt hatte ein Staatssekretär des Vatikans in 2008 Belarus besucht.
13.03.2015	Zollbeamte konfiszieren am belarussisch-litauischen Grenzübergang Kamenyj Log mehrere Exemplare des aktuellen Berichts des belarussischen Menschenrechtszentrums »Wjasna« über die Menschenrechtslage in Belarus.
15.03.2015	Präsident Lukaschenka gratuliert der Bevölkerung zum Tag der Verfassung. Am 15. März 1994 war die erste Verfassung der Republik Belarus verabschiedet worden, die von Lukaschenka mit Hilfe von zwei Referenda 1996 und 2004 im Interesse der Machtstärkung des Präsidenten wesentlich verändert wurde.

Zusammengestellt auf der Grundlage der Meldungen der Nachrichten-Agentur BelaPAN und der Homepage naviny.by.

Sie können die gesamte Chronik ab dem 14.03.2011 auch auf <<http://www.laender-analysen.de/belarus/>> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e. V. und
Internationales Bildungs- und Begegnungswerk, Dortmund

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Astrid Sahm (verantwortlich), Olga Dryndova

Satz: Matthias Neumann

Belarus-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Belarus-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter <www.laender-analysen.de>

ISSN 2192-1350 © 2015 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <<http://www.laender-analysen.de/belarus/>>



Belarus Perspektiven

- Seit mehr als zehn Jahren berichten die **Belarus Perspektiven** aus einem fast unbekanntem Land. Uns lesen Initiativen und Politiker, Journalisten und Unternehmer – all jene, die in Belarus etwas bewegen wollen.
- Durch unsere kritischen Berichte und Analysen sind unsere Leser nicht nur auf dem neuesten Stand – sie erfahren auch, was hinter den Kulissen geschieht.



IBB

Internationales
Bildungs- und
Begegnungswerk

- Autoren der Belarus Perspektiven sind namhafte belarussische Journalisten, unabhängige Medienvertreter, Wirtschaftsexperten und zivilgesellschaftliche Akteure.
- Die Zeitschrift erscheint **vierteljährlich** und kostet inklusive Versand **15,- € im Jahresabonnement**.
- Zu beziehen sind die Belarus Perspektiven beim IBB in Dortmund bzw. online unter <http://www.ibb-d.de/publikation-anfordernhtml.html>
- **Ältere Ausgaben** der Belarus Perspektiven finden Sie im Archiv als pdf-Datei zum **Download**, <http://www.ibb-d.de/bp-archiv.html>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/belarus/>>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/russland/>>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/>>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <zentralasien-analysen@dgo-online.org>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: Belarus: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>>; Russland: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>>; Ukraine: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>>; zentralasiatische und kaukasische Staaten: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php>

Twitter

<<https://twitter.com/laenderanalysen>>